WOCHENAUSGABE

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 3.
19. Januar

4. Jahrgang
1924

für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Aus dem Inhalt:

Rhenanus: Wo stehen wir?

J. B.: Brief aus Spanien.

Landler: Das „konsolidierte" Horthy-Ungarn.

Ein bürgerliches Urteil über die „aufgelöste" KPD.

Tschitscherin: Die Sowjet-Union und die kapitalistischen Mächte.

Die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Ch. O.: Die Lage des Mittelstandes in Frankreich.

Die französische Staatsschuld.

Heckert: Der Kampf der Berliner Metallarbeiter.

Grieco: Der italienische Verband der Seeleute und die Faschisten.

Jacques: Der Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Zur Lage in der KPD.

Die nächsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der KP. Rußlands.

Sinowjew: Probleme der deutschen Revolution.

Wo stehen wir?

Vor neuen Kämpfen in Deutschland.

Von Oskar Rhenanus (Berlin).

** Nach den Oktoberereignissen und der unmittelbar darauf verschärft einsetzenden Kapitalsoffensive sind einzelne Genossen zu der Auffassung gelangt, daß wir in Deutschland nunmehr eine längere Periode der Stagnation, wenn nicht des Rückganges der Arbeiterbewegung vor uns haben. Für die Kommunistische Partei, die bewußt den Klassenkampf des Proletariats führen will, ist deshalb die Beantwortung der Frage: **„Wo stehen wir?"** von großer Bedeutung. Sowohl international gesehen wie auch besonders in Deutschland liegen unseres Erachtens keine Anzeichen vor, die auf eine bevorstehende Befestigung des kapitalistischen Systems und damit auf eine Sumpfperiode der Arbeiterbewegung schließen lassen. Im Gegenteil. International glauben wir, wenn auch nicht eine katastrophale, so doch langsame Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in fast allen kapitalistisch führenden Ländern zu sehen, sowohl in Amerika als auch in England und Frankreich. Der wachsende imperialistische Gegensatz zwischen England und Frankreich trägt zur Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in Europa bei. Schließlich ist in Zentraleuropa, in Deutschland und Polen wie auch in den Donau- und Balkanländern im allgemeinen wenig von einer Konsolidierung zu merken. Besonders in Deutschland und Polen ist eine sehr scharfe wirtschaftliche und politische Zuspitzung in Kürze zu erwarten.

Die Militärdiktatur Seeckts wird als Beauftragte der Industrie eine Konsolidierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht herbeiführen. Im Gegenteil, die Folgen des Ruhrkampfes werden sich erst auswachsen. Schon jetzt zählt Deutschland mindestens 3½ Millionen Arbeitslose und 4 Millionen Kurzarbeiter. Während die Belebung der Produktion im besetzten rheinisch-westfälischen Gebiet nur sehr langsam erfolgen wird, ist im unbesetzten Gebiet mit einer beträchtlichen Steigerung der Stillegung der Produktion und damit der Erwerbslosigkeit zu rechnen. Finanziell ist die Lage für das Reich hoffnungslos. um so mehr, da das rheinisch-westfälische Schwerkapital nach seiner Anlehnung an die französische Interessensphäre nicht mehr daran denkt, für die Stabilisierung des übrigbleibenden Deutschland entscheidende Opfer zu bringen. Die wirtschaftliche Loslösung des Rhein- und Ruhrgebietes und daran anschließend auch die politische Trennung mit all ihren Folgen wird sich immer mehr durchsetzen, so daß die Auffassung des Genossen Pawlowsky, die deutsche Bourgeoisie könne bei Aufbringung entscheidender Opfer eine ernste Stabilisierung herbeiführen, geradezu utopisch ist. Die deutsche Industrie denkt nicht daran, Steueropfer zu bringen (man betrachte sich nur die Steuerverordnungen der Regierung), sondern versucht, die gesamten finanziellen Folgen des Ruhrkampfes auf die Besitzlosen abzuwälzen. Der scheinbaren Markstabilisierung wird bei der erneut einsetzenden Inflationswelle und der dadurch herbeigeführten neuen Teuerung bald die grausame Ernüchterung folgen. Die kapitalistische Klasse Deutschlands wird die Militärdiktatur und den Ausnahmezustand immer mehr legalisieren und verschärfen, um so in rücksichtsloser Offensive gegen

alle Besitzlosen zu versuchen, ihre Interessen restlos durchzusetzen.

Arbeitszeitverlängerung, Lohnabbau, Beseitigung aller Rechte der Arbeiter in den Betrieben, Zerstörung des Koalitionsrechtes, Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung, Zwangsarbeit für die Erwerbslosen, neue Steuerbelastungen, Einführung der Goldmiete, Beamtenabbau und Beseitigung jeder staatlichen Wirtschaft, kurz schrankenlose Herrschaft der kapitalistischen Klasse und ungehemmte Ausbeutung der Arbeiterklasse ist das Programm der Bourgeoisie. Die Durchführung dieses Programms aber führt naturnotwendig in rapidem Tempo zu einer außerordentlichen Verschärfung der Klassengegensätze, in der den proletarischen Massen auch die letzten Illusionen über eine Verständigung mit der Bourgeoisie, über die politische „Volksgemeinschaft" und wirtschaftliche „Arbeitsgemeinschaft" genommen werden. Daher die Zersetzung der Sozialdemokratischen Partei, die in manchen Orten schon zu einer völligen Auflösung geführt hat, daher auch der Bruch der Arbeitsgemeinschaft durch den Austritt der AFA. und den wahrscheinlich bevorstehenden Austritt des ADGB. aus ihr. Die Durchführung des industriell-kapitalistischen Regierungsprogramms bringt ferner eine außerordentliche Radikalisierung zweier großer bedeutender Mittelschichten, die bisher zwischen Bourgeoisie und Proletariat standen, auf der einen Seite die Beamten und Angestellten und andererseits die Klein- und Mittelbauern, Siedler und Pächter. Der rücksichtslos durchgeführte Beamtenabbau, verbunden mit der Verlängerung der Arbeitszeit und einem Abbau der Löhne, hat in den Kreisen der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten stark zersetzend und radikalisierend gewirkt. Demonstrationen der Eisenbahner, Postler, ja selbst der Schupo sind keine Ausnahmeerscheinungen mehr. Die Wirtschafts- und Steuerpolitik des Kapitals führt auf dem Lande zu einer völligen Vernichtung der bäuerlichen Klein- und Mittelschichten, so daß auch in diesen Kreisen der Boden außerordentlich gelockert und für eine selbständige Klassenpolitik reifer geworden ist. Diese beiden Schichten werden also durch den schweren Druck des Kapitals immer mehr in die bevorstehenden Klassenkämpfe hineingezogen, und da schon jetzt ersichtlich ist, daß die Unternehmeroffensive in den nächsten Wochen in verschärftem Maße einsetzen wird, ist es klar, daß wir in Deutschland vor großen wirtschaftlichen Massenkämpfen stehen, die bei der heutigen Klassenzuspitzung selbstverständlich auch politische Klassenkämpfe sein werden. Es kommt darauf an, daß die jetzt auf einem gewissen Rückzug befindlichen Arbeitermassen gegenüber der Kapitalsoffensive zum Stehen gebracht werden und zu größeren Verteidigungskämpfen kommen, die bei der außerordentlichen Zuspitzung sehr schnell in Offensivkämpfe umschlagen können. Im Kampfe um den Achtstundentag, um den Lohnabbau, um die Rechte der Arbeiter in den Betrieben, im Kampfe der Erwerbslosen um eine menschenwürdige Unterstützung, gegen die Zwangsarbeit und für eine Wiederaufnahme der Produktion, und im Kampfe der proletarischen und halbproletarischen Schichten auf dem Lande, im Kampfe gegen neue Steuerlasten, gegen die Goldmiete wird es zumal bei der politischen Zuspitzung durch die Militärdiktatur aller Wahrscheinlichkeit nach in diesem Frühjahr zu großen, schweren Klassenauseinandersetzungen in Deutschland kommen. Vor allem dann, wenn die Illusionen über die Markstabilisierung nur zu brutal zerstört werden.

Zu irgendwelchem Pessimismus liegt deshalb keine Veranlassung vor.

Der wuchtige Kampf der Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Gebiet um den Achtstundentag, der Kampf der Berliner Metallarbeiter gegen den Lohnabbau und die Verlängerung der Arbeitszeit zeigen schon jetzt, daß die arbeitenden Massen keineswegs gewillt sind, sich die Unternehmerwillkür hemmungslos aufzwingen zu lassen. Das sind die ersten starken Zeichen eines aktiven Widerstandes der Arbeiterklasse nach den etwas stilleren Weihnachtswochen. Die nach den Oktoberkämpfen teilweise eingetretene Stimmung der Niedergeschlagenheit in den Arbeitermassen weicht jetzt zusehends einer entschlossenen Kampfesstimmung. Der Arbeitermassen bemächtigt sich immer mehr ein verbissener Groll, der sich sehr schnell in neuen großen Massenkämpfen entladen wird.

So reifen objektiv und subjektiv die Voraussetzungen für neue revolutionäre Kämpfe, über deren Ausmaß wir jetzt noch nicht urteilen können. Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es deshalb, klar und zielbewußt vorauszuschauen, die deutschen arbeitenden Massen in den bevorstehenden Kämpfen zu führen, und diese Kämpfe so zu steigern, daß sie nicht nur zu Abwehrkämpfen gegen das Kapital, sondern auch zu entscheidenden Klassenkämpfen werden.

Das Direktorium der KPD. hat deshalb beschlossen, neben den besonderen Aufgaben der Umstellung der Partei auf Illegalität (eine Aufgabe, die wir noch keineswegs gelöst haben) die Gesamtpartei zu mobilisieren für eine breit angelegte aktive Kampagne zum Kampf der Arbeitermassen gegen die Kapitalsoffensive, gegen die Durchbrechung des Achtstundentages, gegen jeden Lohnabbau, für Friedensreallöhne, gegen die Beseitigung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben, gegen die Ausschaltung der Gewerkschaften in den Lohnkämpfen, gegen die Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung, gegen die Zwangsarbeit der Erwerbslosen, für die Wiederaufnahme der Produktion und die Wiedereinreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und für eine menschenwürdige Entschädigung der Erwerbslosen, gegen neue Steuerlasten, gegen die Goldmiete, gegen den Lohnabbau und die Arbeitszeitverlängerung bei den Beamten und deren Abbau, für eine Besserstellung der Landarbeiter, gegen die brutale Vernichtung der kleinbäuerlichen Schichten auf dem Lande, für deren Schutz und Sicherstellung.

Dieser Kampf muß frontal geführt werden gegen die industrielle Bourgeoisie, den agrarischen Großgrundbesitz und deren Militärdiktatur durch Seeckt und Ebert. Jeder einzelne [illegible]h der kleinste Vorstoß der industriellen oder agrarischen Unternehmer, jeder einzelne Vorstoß der Militärdiktatur muß mit einer proletarischen Aktion beantwortet werden. Vor allem muß jede Durchbrechung des Achtstundentages, jeder Lohnabbau und jede Zwangsarbeit bei den Erwerbslosen mit allen Mitteln von der Arbeiterklasse verhindert werden. In diesen Kämpfen muß sich trotz der Militärdiktatur das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei unter allen Umständen die Straße erobern. Jede Aktion ist zu proletarischen Demonstrationen auszunützen, bei denen sich die Demonstrierenden keine Terrorakte der Polizeibeamten gefallen lassen dürfen. Immer lauter muß unter unserer Führung der Ruf erschallen: **Bewaffnung der Arbeitenden!**

Im engsten Zusammenhang mit diesen wirtschaftlichen Kämpfen ist der Kampf gegen die Militärdiktatur, gegen den Belagerungszustand, gegen das Verbot der Kommunistischen Partei und für die Freilassung der politischen Gefangenen zu führen, und zwar nicht wie die SPD. für die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, sondern Aufgabe der Kommunisten ist es, in allen diesen Einzelkämpfen mit der weißen Diktatur den arbeitenden Massen lebendig und anschaulich die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur aufzuzeigen. Gegenüber der Macht der Industriekonzerne ist die Losung der Sozialisierung überall in den Vordergrund zu stellen. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten müssen wir immer wieder zeigen, daß jeder neue Versuch eines Zusammenarbeitens und eine Verständigung mit der Bourgeoisie nur zu neuen Niederlagen führen muß, daß der einzige Rettungsweg aus sozialer und nationaler Knechtschaft die Diktatur des Proletariats und das Bündnis mit Sowjetrußland ist. Der Gedanke der politischen Arbeiterräte muß in Verbindung damit von uns jetzt in die Massen getragen werden.

Die proletarischen Schichten, so weit sie nicht schon unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei stehen, befinden sich noch im Lager des Faschismus, des Klerikalismus oder aber der Sozialdemokratie. Der politische Kampf gegen den vom Kapital ausgehaltenen Faschismus, gegen die arbeiterfeindliche Zentrumspartei, gegen die Sozialdemokratische Partei, und zwar gegen ihre linken wie gegen ihre rechten Führer, ist deshalb besonders scharf von uns zu führen. Bei allen diesen Kämpfen müssen wir lernen, jeden kleinsten Einzelkampf sofort mit dem großen Abwehrkampf der Arbeiterklasse politisch zu verbinden. Selbstverständlich sind diese Bewegungen auszunützen für eine Verbreiterung der Basis der Weimarer Konferenz in den Gewerkschaften und deren Eroberung und Umbau in wirklich revolutionäre Organe der Arbeiterklasse. Die Arbeit der Betriebsräte und der Kontrollausschüsse wird neu belebt, die Neuwahl der Betriebsräte im Frühjahr politisch ausgenutzt werden. In allen diesen Kämpfen aber wird die Kommunistische Partei ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn alle ihre Funktionäre und Mitglieder in marxistischem Geiste endlich lernen, alle Mittel des Klassenkampfes anzuwenden, das heißt, nicht wieder auf einen „Endkampf" im März oder Mai

zu warten, um dann mit der Knarre oder der Handgranate loszuschlagen, sondern schon jetzt in täglicher und zäher systematischer politischer und organisatorischer Arbeit die Massen in jedem wirtschaftlichen oder politischen Kleinkampf für uns zu gewinnen. Deshalb gilt es auch, in engster Verbindung mit dieser Kampagne, die bevorstehenden Wahlen in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Braunschweig und Saargebiet zu einer gesteigerten Propaganda für den Kommunismus, für die Diktatur des Proletariats, für die Herrschaft der Arbeiterklasse auszunützen. Wir müssen dabei auch lernen, trotz unserer Illegalität, in lebendigster Fühlung mit den Arbeitermassen zu bleiben, deren Kämpfe auszulösen und zu führen und ihnen Tag für Tag zu zeigen, daß die Kommunistische Partei lebt und trotz rücksichtsloser Verfolgung den Kampf für die Befreiung der Arbeitenden, den Kampf für die soziale Revolution weiterführt. Die Kommunistische Partei muß es verstehen, den von der Sozialdemokratie gelähmten Kampfeswillen der Arbeiterklasse zu beleben und dem deutschen Proletariat die Zuversicht und den Glauben an seine eigene ungeheure Kraft wieder zu geben.

Die Lage ist sehr ernst. Bei den bevorstehenden Kämpfen wird sehr viel von der Geschlossenheit und Entschlossenheit, von der Aktivität und Lebendigkeit der Kommunistischen Partei abhängen.

Kommunisten! Heran an die Arbeit!

Politik

Brief aus Spanien.

Von J. B. (Barcelona.)

** Seit langen Monaten bereits regiert der General Primo de Rivera Spanien als absoluter Monarch. Der andere Monarch, der erbliche und von Gottes Gnaden, Alfonso XIII., führt ehrfuchtsvoll hinter dem Manne, den er mit familiärer Ehrerbietung „meinen Mussolini“ nennt, sein verdorbenes Blut und seine überflüssigen Zustimmungserklärungen spazieren. Alfonso XIII., der gegen die Militärs nichts vermag und nichts wagt, hat den Staatsstreich noch vor dessen Vollendung begünstigt. Den wertvollsten Politikern der spanischen Bourgeoisie, die ihm seinen Treueid auf die Verfassung vorgehalten haben, hat er mit Ausweisungsbefehlen geantwortet. Jetzt liest man alle Tage in den Madrider Zeitungen die unbekümmerten Äußerungen, die der General Primo de Rivera über die Dekrete macht, die er — nur der Form wegen — dem meineidigen Könige der auch ein Schattenkönig ist, zur Unterschrift vorzulegen im Begriffe ist.

Es regnet Dekrete seit mehr als sechs Monaten. Man hat sich daran gewöhnt. Sie erregen nicht mehr Aufsehen. Was hat das Direktorium gemacht, um die Atmospäre des Landes zu reinigen, „die Nation auf den Weg der Gesundung zu führen?“ Es muß anerkannt werden, daß es der Zivilbureaukratie fühlbare Schläge beigebracht hat. Die militärische Bureaukratie hat es nicht angetastet. Es hat die Geschwornengerichte unterdrückt, die Kammern aufgelöst, die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben, sich selbst die eigenen Vollmachten verlängert und den angesehensten Vertretern der liberalen Bourgeoisie mehrmals öffentliche Beleidigungen angetan. Eine Politik von Militärs, die die Geschäfte gewisser industrieller und agrarischer Kreise besorgen und dabei den Mittelklassen und besonders dem Kastengeist der Offiziere schmeicheln; Bemühungen, die bisweilen ziemlich geschickt den italienischen Faschismus nachahmen — welches sind die Ergebnisse von all dem? Da es in Spanien weder große bürgerliche Parteien gibt, die von fähigen Menschen geleitet werden, da eine tiefgreifende Korruption die demokratische Bourgeoisie durchseucht hat, bevor sie noch stark geworden ist, da die Arbeiterklasse noch zersplittert und überdies noch zu sehr von den alten sozialistischen und anarchistischen Ideologien durchtränkt ist, um eine große Bewegung des Widerstandes und des Angriffes gegen die Diktatur schaffen zu können, wird diese so fortbestehen, wie sie eben fortbesteht, daß heißt ohne etwas zu schaffen, noch irgendeine Frage zu lösen. Die finanzielle Lage bleibt eine jämmerliche. Der „Impartial“ gab Ende Dezember an, daß sich die öffentliche Schuld auf 4 Milliarden Pesetas beläuft, daß der spanische Wechselkurs bedroht ist, daß Spanien vor einer Produktions- und Handelskrise steht. Es kauft im Auslande viel mehr ein, als es ausführt. Sein Nationalvermögen wandert aus. Die Schutzzollmaßnahmen, die vom Direktorium getroffen wurden, um die leistungsunfähige und rückständige einheimische Industrie zu schützen, können die Auszehrung gerade nur aufrechterhalten. Keinerlei durchgreifende Lösung steht in Aussicht. Was macht man zur Verbesserung der Verkehrsverhältnise? Nichts. Was macht man, um die marokkanische Dauerkrise zu beseitigen? Nichts.

Hier tritt die ganze Ohnmacht der Regierung des Marquis de Estella klar in Erscheinung. Das Direktorium sollte dem marokkanischen Feldzuge ein ehrenvolles Ende bereiten. Ist dies geschehen? Dies wird, wie es scheint, nie geschehen. Man hat Truppen zurückberufen. Man geht daran, die Generale Berenger und Navarro als die für die vorangegangene Katastrophe in Marokko Verantwortlichen abzuurteilen. Man wird sie vielleicht zum Tode verurteilen. Aber Marokko ist keineswegs zur Ruhe gebracht. Kein militärischer Sieg hat die Lorbeeren des spanischen Militarismus wieder vergoldet. Nachdem Primo de Rivera, wie es scheint, in London vorsichtige Verhandlungen über einen Austausch von Ceuta gegen Gibraltar eingeleitet hatte, mußte er, von Herrn Poincaré kühl aufgenommen, wohlweislich den Rückzug antreten. In der Frage von Tanger, die nach Verhandlungen von der Dauer von zwei Monaten endlich gegen den 20. Dezember durch die Verständigung von Paris gelöst worden ist, hat der falsche Mussolini des Königs Alfonso eine demütigende Schlappe erlitten. Es ist Frankreich, das aus dieser Konferenz siegreich hervorgeht, es sind Frankreichs Interessen, die in Tanger im Vordergrunde bleiben.

Der einzige bedeutende Erfolg der Auslandspolitik des Direktoriums ist die Annäherung an Italien, die übrigens von der vorangegangenen Regierung vorbereitet worden war. Aber ist dies nicht eher ganz einfach ein Erfolg der englischen Politik? Zu wessen Gunsten vergrößern Spanien und Italien ihre Flotten im Mittelmeer? Und gegen wen? Wenn das italienisch-spanische Bündnis zustande kommt, so will das besagen, daß im nächsten europäischen Kriegsbrand Spanien nicht mehr verschont bleibt und schon heute zu einer der Schachfiguren wird, die von einer der kriegführenden Parteien des kommenden Weltkrieges ausgespielt werden sollen.

*

Im Inlande hat sich das Direktorium in diesen letzten Wochen sehr viel mit den katalonischen Separatisten befaßt. Es hat eine größere Anzahl von ihnen verhaften lassen und sich nicht gescheut, Gemeinderäte der katalonischen Gemeindeverwaltung hinter Schloß und Riegel zu setzen. Es ist untersagt worden, in den Schulen in der katalonischen Sprache zu unterrichten. Auf der anderen Seite muß das Geschrei angemerkt werden, das über eine angebliche kommunistische Verschwörung erhoben wurde, dem Dutzende von Verhaftungen in Sevilla, Bilbao, Madrid, Barcelona und Valencia folgten, und das schon nach einigen Tagen ein jämmerliches Ende fand. Man versteht nicht recht, welchen Beweggründen diese unsinnigen Polizeischikanen entspringen. Weder stellen die Katalonier eine ernsthafte Gefahr dar, noch denkt die kommunistische Partei Spaniens, die sich noch in der ersten Periode ihres Werdens befindet, daran, „über Nacht“ die Revolution zu machen. Von den verhafteten Kataloniern wurde übrigens die Mehrzahl schon entlassen oder wird bald entlassen, ohne sonst irgend weiter verfolgt zu werden. Sie kommen gewöhnlich mit einigen Wochen Gefängnis und einigen idiotischen Verhören davon. Das Direktorium bekräftigt auf diese Weise seine Autorität, seine Wachsamkeit und selbst sein Wohlwollen gegenüber den Feinden des Staates! Bei der Unterdrückung der Arbeiterbewegung zeigt es sich natürlich härter als gegenüber katalonischen Separatisten. Von den Presos Gubernativos (Staatsgefangenen), die teils vor, teils nach dem Staatsstreiche auf dem Verwaltungswege eingekerkert wurden, sind noch immer die aktivsten Arbeiter in Haft. Die proletarische Presse, die der Vorzensur ausgesetzt ist, trägt täglich deren Merkmale. Die unschuldig zum Tode Verurteilten des Prozesses Dato, Mateu und Nicolau, haben soeben ihre Strafe bestätigt erhalten. Um sie zu retten, bleibt nur das Ansuchen um Begnadigung durch den König offen. Bei der gegenwärtigen Sachlage ist eine Begnadigung ebenso möglich wie die Vollendung des Verbrechens. Das Direktorium mag im Sinne haben, durch eine Infamie seine Festigkeit zu zeigen, es kann sein Interesse darin finden, den revolutionären Arbeitern diese blutige Herausforderung hinzuwerfen, um dann sofort deren Entrüstungskundgebungen unterdrücken und sich dadurch die Gunst sogar des kleinen Unternehmertums Kataloniens wiederzugewinnen. Aber Herr Dato war einer von den ziemlich ver-

dächtigen Politikern der alten Parteien, die gegenwärtig all ihr Mögliches tun, um die Militädiktatur zu unterwühlen, und das bei den Arbeitermassen völlig unpopuläre Direktorium mag es vorziehen, sie nicht noch mehr zu reizen.

Unsere syndikalistischen Genossen, die der RGI. angeschlossen sind, und die Kommunisten von Katalonien haben letzthin während einiger Zeit in Barcelona eine große Tageszeitung erscheinen lassen, „La Lucha Obrera" (Der Arbeiterkampf). Aber auf der Generalversammlung von Granollers vom 30. Dezember hat der Arbeiterverband Kataloniens seine anarchistische Orientierung beibehalten. Auf diese Weise macht sich die Gesundung der Gemüter in den syndikalistischen Kreisen von Barcelona, die so wichtig für die revolutionäre Bewegung Spaniens sind, noch immer nicht fühlbar. Anarchistische Orientierung will unter den vorliegenden Umständen besagen: Diktatur einer kleinen Zahl anarchistischer Führer innerhalb der Organisation und Vorherrschaft einer derart verwirrten Ideologie, einer derart hohlen Phraseologie, daß es sogar schwer fällt, sie einer ernsthaften Kritik zu unterziehen. Um ein Beispiel anzuführen: Pestana schrieb am Tage nach der Generalversammlung vom Granollers über sie in der „Solidaridad Obrera" (Arbeitersolidarität) vom 5. Januar einen Artikel von eineinhalb Spalten, der mit den Worten beginnt: „Als sich der Besieger der Griechen, Alexander der Große, zum Feldzuge gegen Asien anschickte..." und wo wir Asien, Persien, Ägypten, Christoph Columbus, Magellan Galilei, Newton, Luther, die Reform, Spinoza, angeführt finden, all dies, um zu sagen, daß die spanische Gewerkschaftsbewegung nicht zu verzweifeln hat. Dies ist auch unsere Meinung, obgleich es nichts gibt, das einen mehr zur Verzweiflung bringen muß, als so eine Rhetorik. Die „Solidaridad Obrera", die einzige spanische syndikalistische Tageszeitung, verdient auch in anderen Beziehungen unsere Aufmerksamkeit. Sie hat dem Prozeß Germaine Berton ungefähr zehnmal mehr Raum gewidmet als der gegenwärtigen revolutionären Lage Deutschlands. Sie bringt für ihre Arbeiterleser Mitteilungen über Rußland, die in allen Punkten der großen bürgerlichen Presse würdig sind. „Panik in Moskau, Tausende Kommunisten verhaftet... Die ‚Prawda' unter Zensur ... Demission Trotzkis..." Das ist geradezu die systematische Vergiftung der Gemüter der Arbeiter.

Die Kommunistische Partei Spaniens veröffentlicht „La Antorcha" (Die Fackel) und „La Bandera Roja" (Die Rote Fahne). Mit der RGI. sympatisierende Syndikalisten geben in Barcelona „La Batalla" (Der Kampf) heraus.

Das „konsolidierte" Horthy-Ungarn.

Das Ringen von Konterrevolution und Revolution.

Von Eugen Landler.

** Die Staatsfinanzen Horthy-Ungarns sollen durch eine ausländische Anleihe nach österreichischem Muster „saniert" werden. Wie die Staatsfinanzen in Ungarn jetzt aussehen, kann am besten damit charakterisiert werden, daß seit viereinhalb Jahren Horthy-Ungarn kein einziges Mal imstande war, dem Parlament ein definitives Budget zu unterbreiten. Im Jahre 1923 war sie auch außerstande, ein provisorisches Budget parlamentarisch durchzuführen. Die Debatte, die jetzt die „Opposition" in Ungarn bei der Besprechung der Staatsfinanzen führt, bringt — obzwar sie sehr loyal gehandhabt wird — den Zustand der Staatsfinanzen, der Produktion, der Justizverwaltung und das ganze „konsolidierte" öffentliche Leben in eine Beleuchtung, die auch in einem gegenrevolutionären Milieu abstoßend wirken muß.

Vor vier Monaten wurde im Parlament bewiesen, daß die großen Banken einen bedeutenden Teil der höheren Staatsfunktionäre mit Gratisaktien gekauft haben. Unter anderen auch den Ministerpräsidenten, den Minister des Innern, den Polizeichef und den Oberstaatsanwalt. Es wurde die Einleitung einer Untersuchung angeordnet, die aber bisher nicht durchgeführt wurde. Es wird die Anklage erhoben, daß keine einzige Ausfuhr- oder Einfuhrbewilligung ohne Bestechung der höchsten Instanzen erreicht werden kann. Es wurde vor eineinhalb Jahren eine „Riesenaktion" unter persönlicher Führung Horthys zur Unterstützung der hungernden Landarbeiter eingeleitet. Zu diesem Zwecke wurden auch außerordentliche Steuern im Ausmaße von vielen Milliarden geschaffen. Man forderte öffentliche Abrechnung, es werden Anspielungen laut, daß man diese Milliarden veruntreut oder zu Zwecken illegaler militärischer Organisationen verwendet habe, ohne daß der Ministerpräsident den Mut hätte, diese Anwürfe zurückzuweisen.

Wird gegen einen Arbeiter, der eines „politischen Delikts" (zum Beispiel „Aufreizung zum Streik") verdächtig ist, eine Untersuchung eingeleitet, so foltert man ihn auf das schrecklichste. Ein Abgeordneter wies dem Parlament die während der Untersuchung abgehackten Fingerspitzen eines Arbeiters vor. Dagegen wird z. B. der gewesene Oberleutnant Piroska, als einer der Täter des Csongrader Mordattentates, wobei mehrere Personen getötet wurden, verhaftet. Beim Verhör ruft ihn der Untersuchungsrichter zur Ordnung. Er bestellt sich zwei Bevollmächtigte, fordert den Untersuchungsrichter zum Duell, und die „Ehrensache" wird durch Aufnahme eines Protokolles regelrecht beigelegt. Ein Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft wird, weil er in Rußland kommunistische Propaganda betrieb, sofort nach der Ankunft in Budapest verhaftet, ohne daß er imstande gewesen wäre, sich auch nur eine Minute in Ungarn politisch zu betätigen. Er wird zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Führer der Erwachenden Magyaren, die mit Hitler einen Staatsvertrag zum Sturze der jetzigen Regierung unterzeichneten, den bewaffneten Putsch vorbereiteten und eine Mordliste verfertigten, werden freigelassen, und der Oberstaatsanwalt Ungarns kann wochenlang an den Versammlungen der Erwachenden, wo öffentlich zum Mord aufgerufen wird, regelmäßig teilnehmen, ohne auch nur disziplinarisch zur Verantwortung gezogen zu werden. Solche Details der Korruption und von Schandtaten könnten seitenlang aufgezählt werden, ohne den „konsolidierten" Horthy-Sumpf auch nur annähernd auszuschöpfen.

Dementsprechend muß man auch die von der bezahlten ausländischen Presse hoch gepriesene Produktion in Horthy-Ungarn beurteilen. Die Sachverständigenkommission mußte es — trotz ihrer ausgesprochenen reaktionären Zuneigung — klipp und klar aussprechen, daß sowohl die landwirtschaftliche wie auch die industrielle Produktion Horthy-Ungarns ungeheuere Mängel und Fehler aufweist, die auf die Staatsfinanzen zerstörend wirken müssen. Unter dem Einflusse des Finanzkapitals ist die Technik in den Großgrundbesitz eingedrungen. Die erste Folge davon war, daß die schon früher unerhört niedrigen Löhne in einem Ausmaße herabgedrückt wurden, wie in keinem anderen Lande Europas. Die andere Folge war die Einführung eines Ausbeutungssystems, die fast die Hälfte der Landarbeiter und der landarmen Bevölkerung, in manchen Gegenden noch einen größeren Prozentsatz arbeitslos machte und der Hungersnot auslieferte. Das Elend der Landarbeiter und landarmen Bauern in Ungarn ist ein schreckliches. Epidemien kommen immer wieder, und der Prozentsatz der Kindersterblichkeit auf dem Lande marschiert an der allerersten Stelle der europäischen Statistik. Dabei wird ein Agrarwucher im Inlande betrieben, der jede Phantasie übertrifft. Trotz des billigeren amerikanischen Getreides und der russischen Getreideausfuhr übertreffen die Preise der Agrarprodukte längst die Weltparität. Jedwede Wendung: Sinken oder Stabilisierung der Krone, Einschränkungen oder Freigabe des Handels, wird als Rechtstitel für die Preistreiberei benützt. Dabei ist das Erträgnis des Bodens in Horthy-Ungarn noch immer das niedrigste in Mitteleuropa, was teilweise auf die Agrarzölle zurückzuführen ist, die den Großagrariern ohne Investition ein horrendes Einkommen sichern, teilweise seinen Grund darin findet, daß über zwei Millionen Joch Felder Fideikommißbesitz und große Kirchengüter bilden, wo nur Mißwirtschaft getrieben wird.

Die in der besoldeten ausländischen Presse hochgepriesene industrielle Produktivität Horthy-Ungarns unter dem Einflusse des Bankkapitals fußt ebenfalls auf der unbeschränkten Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeitskräfte und der inländischen Konsumenten. Es läßt sich ohne Zweifel konstatieren, daß Hunderte von Fabriken im letzten Jahre gegründet und auch neue Industriezweige eingeführt wurden. Gleichzeitig muß aber konstatiert werden, daß die Ausfuhr mit unerhört großen staatlichen Mitteln gefördert und die Einfuhr absolut unmöglich gemacht wurde. Trotzdem der ungarische Arbeiter in ganz Europa die niedrigsten Löhne bekommt, trotzdem gewisse Rohmaterialien im Lande vorhanden sind, sind die Produkte der ungarischen Industrie

durchwegs viel teurer als ausländische Produkte. So werden Textilwaren um 50 bis 100% teurer verkauft. Der Achtstundentag existiert in Ungarn nur auf dem Papier, von Arbeiterschutz kann nicht gesprochen werden, Arbeitslosenunterstützung besteht überhaupt nicht. In Textilfabriken und auch in anderen Industriezweigen arbeiten massenhaft Kinder unter zehn Jahren, Frauenarbeit wird mit 10% des Friedensreallohnes, auch darunter bezahlt. Was die Löhne überhaupt betrifft, so werden diese statt durch Zahlen besser durch folgenden Fall beleuchtet. Bei einer Nachtarbeit überfiel einen Arbeiter Schwindel, er stürtzte in einen Kessel, in dem heißes Material bereitet wurde, und starb. Er hatte eine Frau und zwei Kinder zu ernähren. Die amtliche Untersuchung stellte fest, daß dieser Arbeiter monatelang bei Tag in einer Fabrik und nachts in einer anderen arbeitete, um die Familie ernähren zu können. Trotz täglicher siebzehnstündiger Arbeit hat er, wie die Sezierung feststellte, den Schwindelanfall und damit den Tod infolge Hungers erleiden müssen. Das Elend der ungarischen Arbeiterschaft unter dem „riesigen Aufschwung" zwingt qualifizierte Arbeiter, nicht nur nach Mittel- und Westeuropa und Amerika, sondern sogar nach der Türkei in Massen auszuwandern. Wenn wir nebst all diesem in Betracht ziehen, daß im einzigen Monate Oktober 1923 140 Kaufleute in Budapest ihre Geschäfte schließen mußten, teilweise, weil sie auf reellem Wege keine Ware erhalten konnten, teilweise, weil die Kaufkraft der Konsumenten die Teuerung nicht durchhalten konnte; daß dagegen im Jahre 1923 mehr als 3000 Konzessionen zum Valutahandel, über 1300 Bankkonzessionen erteilt und 37 Bankaktiengesellschaften gegründet wurden; daß die Novemberausfuhrstatistik eine sehr verringerte Ausfuhr von Maschinen, Motoren, Eisen- und Metallwaren im Verhältnisse zur vorjährigen aufweist; daß dagegen, um die Bilanz von Export und Import — die bis Ende des Jahres jämmerlich ausgesehen hat — zu verbessern, nicht nur Agrarprodukte, sondern auch andere Waren in den letzten Monaten zu Schleuderpreisen zum Export gebracht wurden; wenn man schließlich in Betracht zieht, daß dabei in fast allen Branchen der Industrie in den letzten zwei Monaten des vergangenen Jahres Arbeitslosigkeit eingetreten ist, so muß festgestellt werden, daß in Ungarn wohl von einer an ihrem Ende stehenden schwindelhaften Spekulationskonjunktur, aber nicht von einsetzenden wirtschaftlichen „Konsolidierungstendenzen" gesprochen werden kann.

Betrachtet man also die wirtschaftlichen und politischen Zustände in Horthy-Ungarn etwas genauer, so muß das schwindelhafte Reklametamtam der bezahlten Presse ganz jämmerlich zusammenbrechen. Bei einer solchen Analyse wird sich auch herausstellen, daß das, was wir jetzt in Ungarn sehen, letzten Endes auch dort als das Ringen der siegreichen Konterrevolution mit der niedergeschlagenen Revolution betrachtet werden muß. Daß die revolutionären Kräfte trotz der revolutionären Traditionen anscheinend langsamer anwachsen und sich organisieren, sich schwerfälliger vorbereiten, wird niemand irreführen, wenn man bedenkt, daß es sich um das Musterland des weißen Terrors handelt, wo die Greueltaten, wenn möglich, die der französischen Bourgeoisie von 1871 übertreffen und das Maß der sozialdemokratischen Verräterei mit diesem Maße der Schandtaten des weißen Terrors wetteifert. Die sozialdemokratischen Führer haben an der ersten Horthy-Henkerregierung teilgenommen und haben ruhig ihre eigenen Genossen hinmorden lassen. Einen Tag nach der Ermordung des Chefredakteurs ihres Zentralorganes, Somogyi, boten sie in einem offenen Briefe dem Mordbanditen Horthy ihre Hand an, sie schlossen vor den Parlamentswahlen mit den Mördern einen Pakt, laut dem sie sich verpflichteten, den weißen Terror im Auslande bei ihren Genossen abzuleugnen und jedwede Agitation bei den Landarbeitern zu unterlassen, und so schlossen sie wiederholt im Interesse der „Konsolidierung" Burgfrieden mit der Horthy-Regierung. Man vergesse nicht, daß die ungarische Sozialdemokratie nie über eine eigentliche politische Organisation verfügte. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wird automatisch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Obzwar sie jetzt im Parlament 24 Abgeordnete hat, dauert dieser Zustand noch immer fort, weil sie eine eigene politische Organisation fürchtet und weil sie, mit der Parole „Ideelle Einheit der Partei und Gewerkschaften!" die Arbeiter täuschend, die Gewerkschaften besser beherrschen zu können glaubt. Unter diesen Umständen ist die Organisierung und Entfaltung der revolutionären Kräfte begreiflicherweise schwerer ins Rollen gekommen, doch wird sich dieser Prozeß um so intensiver entfalten, als nicht nur die Erfahrungen und Traditionen einer wirklichen Diktatur des Proletariats lebendig wirken, sondern auch die Greueltaten der weißen Horthy-Diktatur und der allerschändlichste Verrat der sozialdemokratischen Führer die Arbeiterschaft von ihren demokratischen Illusionen befreiten. Trotz voraussichtlichen Verrates der Gewerkschaftsbureaukratie und der sozialdemokratischen Führer wird die schreckliche wirtschaftliche Lage das Proletariat in kürzester Zeit zu spontanen großen Bewegungen zwingen. Die Textilsklaven Horthy-Ungarns haben vor kurzem ganz unerwartet den Kampf zur Verteidigung des Achtstundentages eröffnet. Diese kommenden Kämpfe werden mit Bestimmtheit Resultate zeitigen, die als große Erfolge der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung gelten werden.

Deutschland

Ein bürgerliches Urteil über die „aufgelöste" KPD.

** Unsere KPD. hat, sowohl unter dem Ausnahmezusand als auch nach der Auflösung durch den General Seeckt, nicht einen Augenblick zu arbeiten aufgehört. Mit einer bewunderungswürdigen Elastizität hat sie es verstanden, sofort zur illegalen Arbeit überzugehen, illegale Flugblätter herauszugeben, illegale Versammlungen abzuhalten und regelmäßig erscheinende illegale Zeitungen zu verbreiten. Diese Tatsachen sowie die großen Demonstrationen, die die Partei in den verschiedensten Städten Deutschlands veranstaltete, zeugen von der gesunden Kraft, die der deutschen Partei innewohnt. Die Gegner versuchten zuerst, diese Tatsachen totzuschweigen. Allmählich müssen sie jedoch mit süß-saurer Miene zugeben, daß alle Verfolgungen der KP. durch die Militärdiktatur nichts gefruchtet haben.

Als ein bezeichnendes Dokument geben wir nachstehend eine Auslassung des in Nürnberg erscheinenden reaktionären bayrischen Blattes „Fränkischer Courier" (vom 7. Januar, Nr. 7) wieder:

„Die durch General v. Seeckt verfügte Auflösung der KPD. und das damit verbundene Verbot der kommunistischen Presse hat trotz aller Strenge nicht das weitere geheime Erscheinen der kommunistischen Flugblätter verhindern können. Vor allem die Berliner „Rote Fahne", das Hauptorgan der KPD., gegen das sich das Verbot in erster Linie richtete, hat, obwohl man mit den schärfsten Maßnahmen vorging, die Redaktionsräume beschlagnahmte, die Hauptschriftleiter unter Aufsicht stellte und sonst in jeder Weise eine Neuausgabe in anderer Form und an anderer Stelle zu unterbinden versuchte, wieder in großer Auflage mit kaum verändertem Aussehen erscheinen können. Zwar lautet der Titel „Die Fahne der Revolution", aber der Untertitel „Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands" beseitigt jeden Zweifel. Es erscheint wöchentlich — herausgegeben von der Zentrale der KPD. (!). Eine Druckerei wird natürlich nicht genannt. Ganz geheim wird die „Fahne der Revolution" in den großen Betrieben und Arbeiterkolonien verteilt und geht von Hand zu Hand weiter. Vereinzelt erscheint sie in den Berliner Straßen angeklebt an den Häuserwänden.

Der Inhalt ist in der üblichen Weise gehalten — voll von gehässigen Ausfällen und Beschimpfungen in den sattsam bekannten Phrasen: Nieder mit der Regierung des Hungers, der Unterdrückung des arbeitenden Volkes, der Zerstückelung Deutschlands! usw. In den bisher erschienenen Nummern konzentriert sich der Hauptangriff gegen die Person des Generals v. Seeckt, gegen den „faschistischen Diktator", den „General aus dem Kehrichthaufen der Geschichte". Großen Raum nimmt die zur Auflösung der Partei erlassene Deklaration der Reichstagsfraktion der KPD. ein, ferner das Manifest der in Weimar abgehaltenen Reichskonferenz oppositioneller Ortsausschüsse des ADGB. und oppositioneller Gewerkschaftsgruppen an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, in dem die unverzügliche Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses gefordert wird. Die Hauptereignisse der Woche werden in einer kurzen Zusammenstellung als Wochenchronik tendenziös aufgemacht. Natürlich wird zu öffentlichen Demonstrationen aufgefordert. Die Losung ist: Bewaffnung des Proletariats!"

Union der Sowjetrepubliken

Die Sowjet-Union und die kapitalistischen Mächte.

I.

Die Sowjet-Union und Frankreich.

Von G. Tschitscherin.

Nachfolgende Zeilen entnehmen wir einem Interview des Genossen Tschitscherin mit einem Redakteur der Moskauer „Prawda".

Die Redaktion.

** Jedem sachkundigen Beobachter der internationalen Verhältnisse muß die gegenwärtige bedeutende Befestigung der außenpolitischen Lage der Sowjet-Union in die Augen fallen. So sehr fördernd wirkte in dieser Beziehung die durch die Sowjetrepublik rückhaltlos durchgeführte Friedenspolitik, die Politik der friedlichen Beilegung internationaler Konflikte und der systematischen Entfaltung immer engerer wirtschaftlicher Beziehungen mit anderen Ländern. Die innere Erstarkung und Konsolidierung der Sowjetmacht ist mit eine der Hauptursachen der Besserung in der internationalen Lage der Sowjet-Union. Eine ernste Rolle spielt in dieser Beziehung auch die Entwicklung unseres Getreideexportes.

Die bisherigen internationalen Verbindungen der Sowjet-Union nehmen festere Formen an, neue Verbindungen werden angeknüpft und nehmen eine günstige Entwicklung. Auf dem Gebiete der Beziehungen der Sowjetrepubliken mit England brachte die ganze Periode, die auf die englisch-russische Krise folgte, eine bedeutende Befestigung. Die allgemeinen wirtschaftlichen sowie auch politischen Interessen, die auf eine Annäherung zwischen den Sowjetrepubliken und Italien hinwirken, führten zu den gegenwärtigen Römer Verhandlungen, aus deren Anlaß Mussolini in einer Parlamentsrede die Möglichkeit einer unmittelbaren de jure-Anerkennung der Sowjet-Union feststellte. Die sich immer öfter wiederholenden Reisen amerikanischer Staatsmänner und Vertreter wirtschaftlicher Gruppen nach Moskau hatten zur Folge, daß in Amerika die Verhältnisse für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Sowjet-Union viel günstiger geworden sind. Was Japan anbelangt, so haben Mitglieder der Regierung dieses Landes in der letzten Zeit öfter Erklärungen abgegeben, wonach die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjet-Union in der nächsten Zukunft bevorstehe. Auch mit anderen Staaten Europas und Asiens erfahren die bestehenden Beziehungen der Sowjet-Union eine Erstarkung, und neue Verbindungen sind in Entwicklung begriffen.

Nur die französische Regierung setzt ihre feindliche Politik gegenüber der Sowjet-Union fort, obwohl in der französischen Gesellschaft selbst die Strömung für die Wiederaufnahme der für beide Länder äußerst vorteilhaften und notwendigen wirtschaftlichen, aber auch der politischen Beziehungen unaufhaltsam zunimmt. Seitens der Sowjetrepubliken wurde und wird dem aufrichtigen Wunsche, mit Frankreich Verhandlungen anzuknüpfen und zwischen den beiden Ländern friedliche und normale Verhältnisse herzustellen, wiederholt und unzweideutig Ausdruck gegeben. Mit tiefem Bedauern müssen wir feststellen, daß die Feindseligkeit der französischen Regierung gegenüber der Sowjet-Union trotzdem nicht nachgelassen hat.

Wir dürfen behaupten, daß die erforderliche Regelung der politischen Verhältnisse und das Entstehen eines ungestört dauerhaften Friedens durch die feindselige Tätigkeit der französischen Diplomatie gegenüber den Sowjetrepubliken verhindert wird. Als die erste und wichtigste Voraussetzung jeder Verständigung der Sowjet-Union mit Frankreich — wenn die Zeit dazu reif sein wird — müssen die feindseligen Handlungen der französischen Diplomatie gegenüber der Sowjet-Union aufhören.

Die Sowjetregierung hat schon lange gehofft, daß eine ständige wirtschaftliche Annäherung zwischen den Sowjetrepubliken und Frankreich in breiten französischen Geschäftskreisen ein ernstes Interesse für die Besserung der Beziehungen mit den Sowjetrepubliken erwecken wird. Die Sowjetregierung hat die Vertreter der französischen Handels-, Industrie- und Finanzkreise, in der Absicht, den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Ländern zum gegenseitigen Vorteil zu fördern und mit dem Ziele einer allmählichen gegenseitigen Annäherung der beiden Länder, immer mit offenen Türen empfangen. Mit Zufriedenheit müssen wir erwähnen, daß das Interesse französischer Geschäftskreise für eine Annäherung an uns tatsächlich im Wachsen begriffen ist. Dennoch stößt die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf ein unüberwindliches Hindernis in dem Umstand, daß heute jede vertragsmäßige Regelung des Handels zwischen den beiden Ländern fehlt.

Senator de Monsi hat bereits im vergangenen Jahre im „Revue Hebdomadaire" darauf hingewiesen, daß die Handelsoperationen zwischen Frankreich und Rußland bei der gegenwärtigen Rechtslage jeder Sicherheit entbehren und daß die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern mangels einer vertragsmäßigen Regelung vollkommen unmöglich ist. Wenn die aus den Sowjetrepubliken eingeführten Waren oder ihre Depositen in französischen Banken sequestriert und sogar auf gerichtlichem Wege beschlagnahmt werden können, weil die französischen Gerichte die bei uns vollzogene Nationalisierung nicht anerkennen, dann ist der Handel zwischen beiden Staaten der elementarsten Sicherheit beraubt. Das Urteil eines französischen Gerichtes, das uns das Recht auf die von uns gekauften Waren absprach, ist die logische Folge der Erklärung des Ministerpräsidenten Poincaré. Der französische Ministerpräsident selbst verhinderte dadurch jeden einigermaßen normalen Handelsverkehr zwischen den beiden Staaten.

Die Sowjetregierung ist daher zur Feststellung gezwungen, daß ihre Versuche, eine allmähliche wirtschaftliche Annäherung an Frankreich anzubahnen, infolge der Politik der französischen Regierung erfolglos geblieben sind.

Ich muß mit tiefstem Bedauern feststellen, daß diese Politik der französischen Regierung unsere Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Annäherung zwischen uns und Frankreich zunichte macht. Ich muß gestehen, daß, solange dieser Zustand dauert, ich keinen Ausweg aus der Sackgasse sehe, in die unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich geraten sind. Ich bin aber von der Hoffnung erfüllt, daß die Erkenntnis der eigenen Interessen die französische Gesellschaft selbst in der nächsten Zukunft zur Änderung der französischen Regierungspolitik in dieser Frage bewegen wird. Wenn die Zeit zum Abschluß eines Abkommens zwischen der Sowjet-Union und Frankreich da sein wird, wird die Sicherung unserer Waren gegen die Beschlagnahme eine der wichtigsten Fragen sein. Ich gebe nicht die Hoffnung auf, daß die französische Regierung sich endlich entschließen wird, dem Beispiel Englands zu folgen, mit dem wir einen Vertrag haben, der unsere Handelsbeziehungen trotz zeitweise vorkommender Konflikte mehr oder minder garantiert.

Vorläufig haben wir durch das Verschulden der heutigen französischen Regierung keine auch nur einigermaßen normalen Beziehungen mit Frankreich; wir müssen uns leider nicht nur damit abfinden, daß eine weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen derzeit unmöglich ist, sondern auch mit der Einschränkung der bereits bestehenden Beziehungen. Mit Rücksicht auf die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten in der Frage der Sicherung unserer Waren und Lager müssen wir unseren wirtschaftlichen Organen den Rat geben, bei Erwägung der Anträge französischer Firmen die größte Vorsicht zu üben.

II.

Die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Erklärung der Arbeiterpartei Amerikas.

Die Arbeiterpartei hat in einer von ihr veröffentlichten Feststellung die Beschuldigung erhoben, daß die Regierung Coolidge den Brief gefälscht hat, der vom Staatssekretär Hughes in seiner Kampagne gegen die Anerkennung der russischen Sowjetrepublik in die Welt gesetzt wurde.

Der volle Wortlaut der von der Arbeiterpartei ausgegebenen Feststellung ist der folgende:

Die Red.

** Staatssekretär Hughes versucht, das ganze Land mit einer Mache irrezuführen.

Der Staatssekretär hat einen Brief veröffentlichen lassen, der angeblich von Gregor Sinowjew, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, an die Arbeiterpartei Amerikas gesandt worden ist.

Der Brief ist vom ersten bis zum letzten Worte eine Fälschung. Die Arbeiterpartei erklärt, daß sie nie einen solchen

Brief bekommen hat. Sie behauptet, daß kein solcher Brief jemals von der Kommunistischen Internationale geschrieben wurde.

Die Mache des Staatssekretärs will glauben machen, daß die Kommunistische Internationale der Arbeiterpartei Weisung erteilte, Schieß- und Sappeurübungen vorzunehmen.

Jeder, der nur einigermaßen mit der Stellungnahme und den Betätigungsformen der Kommunistischen Internationale vertraut ist, weiß, daß Sinowjew niemals solche törichte, kindische Weisungen geben würde. Die Kommunistische Internationale weiß, daß es niemals eine erfolgreiche kommunistische Revolution in den Vereinigten Staaten geben kann, solange nicht die Kommunisten die Mehrheit der amerikanischen Arbeitermasse für sich erobert haben.

Die Kommunistische Internationale schlägt der Arbeiterpartei Amerikas nicht Betätigung durch „Schießen" vor, sondern Betätigung in den Gewerkschaften; nicht „Sappeurarbeit" auf eingebildeten Exerzierplätzen, sondern den Bau von uneinnehmbaren Schützengräben für die Arbeiterklasse auf dem politischen Kampffelde in Amerika.

Die einzigen bewaffneten schießenden Truppen in diesem Lande sind die Banditen, die von den Privatdetektivagenturen der Unternehmer und vom Justizdepartement dazu verwendet werden, die Organisationen der Arbeiter und Farmer zu zerschlagen. Ein Heer von 6000 dieser schwerbewaffneten besonderen Ordnungsmacher wurde vom Justizdepartement angeworben, um den letzten Eisenbahnerstreik zu brechen.

Die Kommunistische Internationale gab solche dummen und eselhaften Weisungen niemals aus und konnte sie niemals geben. Der ganze Einfall ist in den Gehirnen von Verrückten entstanden. Er wurde von Wahnsinnigen ausgeheckt, die Berufsspione sind und von gefälschten Enthüllungen über eine angebliche „rote Gefahr" leben.

Wir klagen öffentlich das Staatsdepartement und das Justizdepartement an, diesen Brief gefälscht zu haben, um das Volk der Vereinigten Staaten irrezuführen.

Wir verlangen sofortige und gründliche Ausforschung der Herkunft dieses Briefes und der für seine Verbreitung Verantwortlichen.

Wir behaupten, daß das Justizdepartement und die gesamte Regierung Coolidge wissen, daß dieser Brief durch und durch eine Fälschung ist. Der einzige Grund, den sie haben können, um zu so verzweifelten Taten zu schreiten, ist, daß sie die steigende Welle für die Anerkennung Sowjetrußlands im amerikanischen Volke fürchten.

Die Regierung weiß, daß die Massen der Arbeiter und Farmer immer mehr zur Erkenntnis gelangen, daß das Gedeihen Amerikas vom Bestehen des Weltmarktes abhängig ist. Ein gesunder Weltmarkt ist nicht möglich ohne die völlige Anerkennung der Sowjetregierung.

Die Arbeiterpartei wendet sich an alle ehrlichen Arbeiter und Farmer, ohne Rücksicht auf ihre politischen Anschauungen, daß sie mithelfen mögen diese ungeheuerliche Mache bloßzustellen. Wir fordern die fortschrittlichen Mitglieder des Kongresses auf, sich durch diesen reaktionären Angriff nicht in die Flucht schlagen zu lassen.

Wir rufen die fortschrittlichen Mitglieder des Kongresses und des Senats auf, eine Untersuchung über diesen Schwindelbrief zu verlangen und ihren Kampf um die Anerkennung der russischen Sowjetregierung fortzuführen.

Gez.
C. E. Ruthenberg
Sekretär der Exekutive der
Arbeiterpartei Amerikas.

Wirtschaft

Die Lage des Mittelstandes in Frankreich.

Von Ch. O. (Paris).

** Bei den bevorstehenden Wahlen in Frankreich wird die Haltung des Mittelstandes von großer Bedeutung sein. Dies haben die politischen Parteien Frankreichs sehr wohl begriffen. Der Mittelstand soll die wichtigste Basis des zu bildenden „Blocks der Linken" sein. Aber die Nationalisten um Poincaré haben den Kampf um die Gewinnung, beziehungsweise Festhaltung des Mittelstandes mit den links gerichteten Parteien bereits aufgenommen. Die „Union der wirtschaftlichen Interessen", die sich im Gefolge Poincarés befindet und eine starke finanzielle Organisation ist, hat in ihr Programm Forderungen aufgenommen, die vor allem den materiellen Bedürfnissen des Mittelstandes entsprechen sollen. Es ist bezeichnend, daß bei der Konkurrenz um den Mittelstand nicht, wie es meist bisher war, nationalistische und imperialistische Losungen, sondern nackte ökonomische Forderungen, die vor allem die Erleichterung von den drückenden Steuerlasten und die Wiederherstellung der Währung bezwecken, in den Vordergrund gestellt werden. Dies beweist, daß auch in Frankreich der Mittelstand wirtschaftlich auf das schwerste bedroht und geschädigt ist und alle seine Interessen sich um die Verbesserung seiner Wirtschaftslage bewegen.

Die Wirtschaftslage des französischen Mittelstandes wird in einem Artikel des Gen. Marcel Fourrier klar beleuchtet, dessen Darstellung wir im folgenden eine Reihe charakteristischer Daten entnehmen. Seit der Niederschrift des angeführten Artikels hat sich infolge des weiteren rapiden Rückganges des französischen Franken die wirtschaftliche Lage des französischen Mittelstandes noch mehr verschlechtert, und zwar in ganz empfindlicher Weise. Es zeigt sich dieselbe Erscheinung, die in allen Ländern mit sinkender Valuta zutage getreten ist und zutage treten mußte.

Der Niedergang der französischen Mittelklasse hat bereits bei Beginn des Krieges eingesetzt. Die Friedensschlüsse haben diesem Niedergang keineswegs ein Ende bereitet. Hatte der Krieg die Renten des kleinen französischen Bourgeois empfindlich angegriffen, so sind sie in den Jahren seit „Wiederherstellung des Friedens" beinahe zum Nichts zusammengeschrumpft. Anstatt daß ihm das Vaterland für seine nationalistische Haltung während und seit dem Krieg seine feste 3%-Rente gesichert hätte, entwertet sie sich von Tag zu Tag, während die Aktien der großen Privatunternehmungen auf der Börse ihren Wert seit 1914 verdoppelt haben. Die Kleinbürger der Städte, die kleinen Rentner, Kleingewerbetreibenden, selbständigen Handwerker und Angestellten werden auf das schwerste getroffen und revoltieren daher. (Von den kleinen und mittleren Grundbesitzern auf dem Lande, deren Lage eine andere ist, muß abgesehen werden.)

Vor 1914 waren im allgemeinen die wichtigsten Einkommenquellen für die mittlere Stadtbourgeoisie einerseits ihr Besitz an Renten, staatlichen Bodenrenten, sicheren Wertpapieren, wie kommunalen oder Grundrenten, andererseits immobiler Besitz, vor allem Hausbesitz, der sich bescheiden verzinste. Die Einkünfte der Großbourgeoisie rekrutierten sich hauptsächlich aus dem Anteil an den großen Unternehmungen, Aktiengesellschaften und Spekulationsgeschäften. Ihr Immobilienbesitz bestand hauptsächlich in Fabriken, Magazinen und Wohnhäusern, die sich glänzend verzinsten. Wenn sich nun auch das mobile und immobile Kapital als solches in der Zeit zwischen 1914 und 1923 verhältnismäßig wenig verändert hat, so kann man das von den Einkünften nicht sagen.

Die Renten und sicheren Wertpapiere der mittleren und kleinen Bourgeoisie entwerteten sich in viel beträchtlicherem Maße als der Aktienbesitz der Großbourgeoisie. Man vergleiche nur, wie dies bei nachstehenden typischen Beispielen geschieht, und der Unterschied springt in die Augen.

(Typische Wertpapiere)

A. Der mittleren Bourgeoisie	1914	1923
3% langfristige (perpetuelle) Rente	88	54
3% amortisable Rente	75	66
3% Russen 1896	74	17
5% Russen 1906	104	28
6% unifizierte Türken	87	55
5% Türken 1914	93	33
2% Stadt Paris 1899	367	236
2¾% Stadt Paris 1905	360	330
3% Grundrente 1903	460	300
3% Grundrente 1909	225	160
3% Kommunalanleihe 1906	420	290
B. Der Großbourgeoisie	**1914**	**1923**
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft	1050	1330
Rio-Tinto	1870	2550
Crédit Lyonnais	1300	1650
Central Mining	175	840
Lautaro	250	675
Eisen- und Stahlwerke der Marine	1500	800
Fives-Lille	1000	2710
Say-Raffinerien	420	3300
Baku-Petroleum	1500	2645
Royal Dutch	400	28.700
Minen von Carmaux	2400	1555
Minen von Lens	1250	430

Dazu muß bemerkt werden, daß die angeführten Papiere im Jahre 1914 ein Kapital in Gold-Franken repräsentierten, im Jahre 1923 jedoch in Papier-Franken galten, also einen dreifach — jetzt fast vierfach — geringeren Wert hatten. Wie nun die obigen Tabellen zeigen, wird die mittlere Bourgeoisie auf das schwerste getroffen, weil der Verlust, den ihr Portefeuille erleidet, zwischen 75 und 90% beträgt, während die Entwertung der Aktien, die im Besitz der Großbourgeoisie sind, bloß zwischen 10 und 35% schwankt.

Auch bezüglich des immobilen Besitzes zeigt sich, daß vor allem die Sicherheit der Einkünfte aus der Zinsrente für die mittlere Bourgeosie stark bedroht ist. Sofern aber die Kleinbürger und Mittelbürger nicht Hausbesitzer sind, werden sie als Mieter durch die vor kurzem erlassene Verordnung des Senats, wonach eine Erhöhung der Mietzinse um 100% zulässig ist, wirtschaftlich sehr empfindlich belastet, ohne daß sie diese Belastung zu kompensieren imstande sind.

Man kann im allgemeinen feststellen, daß durchschnittlich das Kapital der mittleren Bourgeoisie seit Kriegsbeginn um 70%, das der Großbourgeoisie um höchstens 30% entwertet ist.

Kleingewerbe und Kleinhandel befinden sich in einer besonderen Wirtschaftskrise. Dies vor allem durch den Umstand, daß die großen Steuerlasten am meisten auf sie drücken. Wenn der Umsatz in dem Geschäfte eines kleinen Geschäftsmannes im laufenden Jahre 100.000 bis 120.000 Franken beträgt, so muß er 2500 bis 3000 Franken Steuer zahlen. Er wird überdies einer wahren fiskalischen Inquisition unterworfen. Zwar ist es richtig, daß im allgemeinen Abgaben, Zölle, Steuern auf die Masse der Verbraucher abgewälzt werden, aber was im besonderen die Umsatzsteuer („taxe sur le chiffre d'affaires") betrifft, so ist zwar der Großhändler in der Lage, sie in die Preise, die er feststellt, ganz einzukalkulieren, nicht aber der Detailverkäufer, der in zehn Fällen neunmal die Ware gemäß dem Preis des Grossisten zu verkaufen gezwungen ist, wenn er nicht den Absatz seiner Ware beeinträchtigen will. Wenn man bedenkt, daß von 1,720.000 Kaufleuten und Industriellen, die der Umsatzsteuer unterworfen werden, nicht weniger als 1,515.000 Unternehmungen haben, deren Geschäft im Jahre 120.000 Franken nicht übersteigt, so erkennt man, welch große Zahl der mittleren und kleinen Bourgeoisie hier in Mitleidenschaft gezogen ist.

Auch die Lage des Kleingewerbes ist keineswegs günstig. Die Zahl der Bankerotte ist seit 1922 im Ansteigen. Die Kleingewerbetreibenden — Kaufleute und Handwerker — können kaum irgendwelchen Bankkredit erhalten. Wenn sie ihre Papiere belehnen lassen wollen, begegnen sie den größten Schwierigkeiten. Viele von ihnen sind genötigt, ihr Geschäft zu schließen.

So ist die wirtschaftliche Situation des Mittelstandes gegenüber der früheren Zeit sehr verändert. Der Mittelstand ist in einer ständig fortschreitenden Verarmung begriffen. Dadurch aufgerüttelt, beginnt er auch seine politischen Anschauungen zu revidieren. Seine Wiedererstehung gehört in das Reich kleinbürgerlicher Illusionen.

———

Die französische Staatsschuld.

** Auf Grund der Aufstellungen des bekannten französischen Volkswirtschaftlers an der Pariser Universität, Professor Charles Gide, sind die öffentlichen Schulden Frankreichs, die vor dem Kriegsbeginn ungefähr 30 Milliarden Franken betragen haben, seit damals auf mehr als das Dreizehnfache gestiegen und dürften 400 Milliarden Franken bereits überschritten haben. Die Ausgaben der fünf Kriegsjahre erhöhten die öffentlichen Schulden auf 171 Milliarden. Seit Ende 1918 ist diese Schuld um weitere 213 Milliarden gestiegen.

Die Aufteilung der öffentlichen Schulden Frankreichs kommt folgendermaßen zum Ausdruck:

	Milliarden Franken
1. Vorkriegsschuld (konsolidierte Rente)	25
2. (Sechs) Kriegsanleihen (konsolidierte Renten zu 4, 5 und 6%) und 1922 10·5 Milliarden Franken Schatzscheine	133
3. Kurzfristige Schuld (Bons de la Defense nationale, Schatzscheine, Schuldverschreibungen usw.) . . .	70
4. Anleihe bei der Bank von Frankreich	23
5. Äußere Anleihe (beim gegenwärtigen Wechselkurs des Franken, ungefähr 19 Franken für den Dollar)	120

Dazu kommen noch die Anleihe für die Wiederherstellung der befreiten Gebiete und sonstigen Schulden, so daß die Gesamtsumme mehr als 400 Milliarden beträgt. Professor Gide vermutet, daß bis zur Vollendung des Wiederherstellungswerkes um 1930 herum die öffentlichen Schulden vermutlich 500 Milliarden erreicht haben werden.

Stellt man diesem Passivum die Schuldforderungen Frankreichs gegenüber, so figuriert nur die Schuldforderung an Deutschland mit einem nennenswerten Betrag, nämlich 68 Milliarden Goldmark als der für Frankreich von der Londoner Konferenz festgesetzte Reparationsbetrag. Aber da dieser Betrag, der ungefähr die Hälfte der französischen öffentlichen Schulden bedeutet, in Jahresraten getilgt werden soll, so ergibt sich daraus nur ein verhältnismäßig geringer aktueller Wert dieser Schuldforderung.

Welche Last bedeutet diese Schuld im Verhältnis zum französischen Nationalreichtum? Nach dem französischen Budget überschreitet die Zinsenlast für die öffentliche Schuld im Jahre 1923 nicht ganz 13·2 Milliarden Franken. Dieser Betrag muß, wie Professor Gide berechnet, im Laufe der nächsten Jahre auf 20 oder 25 Milliarden steigen. Das ist eine erdrückende Belastung des französischen Nationaleinkommens, das vor dem Kriege auf 35 Milliarden Goldfranken geschätzt wurde. Wenn man die Entwertung des Papierfranken berücksichtigt, so würde die Zinsenlast der öffentlichen Schuld ungefähr 18 bis 20% des Nationaleinkommens ausmachen, während sie vor dem Kriege 3·5% betrug. Dies ist eine optimistische Schätzung, weil nicht angenommen werden kann, daß sich das Nationaleinkommen entsprechend der Entwertung des Franken vermehrt hat. Professor Gide zeigt die Möglichkeit auf, daß die Belastung des Nationaleinkommens durch die öffentliche Schuld 57%, ja, bei Einrechnung des Budgets 90% des Nationaleinkommens betragen kann, falls der Franken auf dem Stande des Franken der Vorkriegszeit steigen würde. (Was allerdings eine etwas unwahrscheinliche Annahme des Professors Gide ist.)

Jedenfalls kommt dieser nichts weniger als revolutionäre Volkswirtschaftler zu dem Schluß, daß Frankreich eine solche Belastung nicht ertragen kann.

Arbeiterbewegung

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter.

Von Fritz Heckert.

** Nachdem es soeben erst der deutschen Schwerindustrie, dank der Politik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführerschaft, gelungen war, eine breite Bresche in den Achtstundentag zu legen und der wichtigen Arbeiterschicht, den Bergarbeitern, einen längeren Arbeitstag zu oktroyieren, wäre es ein Wunder gewesen, wenn sie sich mit einem ersten Erfolg zufrieden gegeben hätten. Wir sehen jetzt in allen Teilen des Landes und in allen Berufsschichten einen planmäßigen Angriff auf den Achtstundentag. Gepaart ist der Angriff mit dem Angriff auf den Lohn. Beseitigung des Achtstundentages und Lohnabbau sind nach dem Unternehmertum notwendige Maßnahmen, um die deutsche Wirtschaft vor der Katastrophe zu bewahren. Mit der Einführung der Dienstdauervorschriften für die Eisenbahner fing es an, und jetzt müssen die Berliner Metallarbeiter „ein Opfer für das Vaterland und die bedrängte Wirtschaft" bringen, nachdem man der Beamtenschaft erfolgreich den Neunstundentag aufgezwungen hat. Was aber das Interessanteste bei all diesen Maßnahmen gegen die arbeitenden Schichten ist, ist das Verhalten der hohen Instanzen in der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführerschaft. Jedesmal, wenn die kapitalistische Räuber- und Betrügerpolitik ein Opfer von der Arbeiterklasse verlangt, sind es die Sozialdemokraten, die dieses Opfer den Arbeitern schmackhaft machen. Es waren Sozialdemokraten, die den Abwehrkampf der Eisenbahner im Jahre 1922 sabotierten und erklärten: Beamte haben kein Streikrecht! Und als man den Bergarbeitern an der Ruhr den Achtstundentag raubte — das war die Einleitung zur endgültigen Beseitigung des Achtstundentages für alle Arbeiter im Reiche — da schrieb der Bergarbeiterführer Löffler im „Vorwärts", die verlängerte Arbeitszeit sei nicht nur notwendig im Interesse des Vaterlandes, sondern sie bringe auch der Arbeiterklasse Nutzen. Ist eine solche Politik etwas anderes als eine direkte Aufforderung an das Unternehmertum, in seiner Offensive gegen die Arbeiterklasse fortzufahren?

In Berlin verlangten die Metallindustriellen plötzlich den Abbau der Löhne um 14 bis 20%, damit sie wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt würden. Als die Arbeiter dieser dreisten Forderung Widerstand entgegensetzten, erfolgte die Aussperrung von 150.000 Metallarbeitern. Dabei verbanden die Herren Kapitalisten ihre Lohnabbauforderungen mit der Forderung nach Beseitigung des Achtstundentages. Wahrscheinlich wären sie in der Lohnfrage zugänglich gewesen, wenn man ihnen in der Arbeitszeit ihre Wünsche befriedigt hättte. Es ist ganz der gleiche Fall wie bei den Kohlenarbeitern. Monatelang lagen die Bergarbeiter arbeitslos auf der Straße oder arbeiteten zwei bis drei Tage in der Woche. Kein Kapitalist dachte daran, daß durch die Nichtbeschäftigung der Bergarbeiter Kohlenmangel eintreten werde und das Vaterland in Not gerate. Monatelang erhielten die Bergarbeiter einen Hungerlohn, der sie direkt arbeitsunfähig machte, und kein Hahn krähte darnach.

Das Unternehmertum hat sich einen recht passenden Augenblick für die Aussperrung herausgesucht. Zu den 150.000 ausgesperrten Metallarbeitern kommen noch ungefähr 100.000 Metallarbeiter aus dem Heer der 400.000 Arbeitslosen Berlins. Das ist eine gewaltige Zahl von Arbeitern, auf die man mit dem bewährten Mittel des Hungers einwirken will, um sie mürbe zu machen. Die große Zahl der Ausgesperrten machte die Bewegung aber zu einem mehr lokalen Ereignis, noch mehr aber ihr Inhalt und der Ort, an dem sie stattfand. Berlin ist nicht nur der Zentralpunkt des Reiches, er ist auch der Sitz der Zentralen der Unternehmerorganisationen und des ADGB., nebst der anderen Spitzenverbände der Arbeiter. Ein endgültiger Sieg des Unternehmertums über den wichtigsten Teil des Berliner Proletariats hätte unübersehbare Folgen nach sich ziehen müssen. Die Berliner Metallarbeiter kämpften darum nicht allein für ihre Sache, sondern um die Sache des ganzen deutschen Proletariats. Deshalb war der Kampf auch eine Angelegenheit des gesamten Arbeitervolkes. Wäre es dem Unternehmertum gelungen, die Berliner Metallarbeiter entscheidend zu schlagen, so wäre das ein Signal zur verstärkten Offensive gegen die ganze Arbeiterfront gewesen.

Der Kampf hat mit einem Kompromiß geendet. Nach den Meldungen des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 6. Jänner, bleibt der Achtstundentag „im Prinzip“ erhalten, dabei versprachen aber die Gewerkschaftsführer, daß die Organisation bereit sei, falls eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit vorliege, diesen wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen zu wollen.

Was diese Worte aus dem Munde der Gewerkschaftsbureaukraten bedeuten, ist nach allen trüben Erfahrungen, nur zu gut bekannt. Und schon wird auch bekannt, daß der „Vorwärts“ schwindelt, um den Verrat der Gewerkschaftsführer am Achtstundentag zu verdecken. Der „Montag-Morgen“ vom 7. Januar berichtet nämlich über die getroffenen Vereinbarungen über die Arbeitszeit ganz anders. Es heißt da: „Die Vereinbarung bestimmt, daß in allen Betrieben die Mindestzahl der Arbeitsstunden wöchentlich 48 Stunden beträgt. Darüber hinaus kann jedoch, wenn die Verhältnisse es erfordern, täglich neun Stunden gearbeitet werden, und die Leistung wird, allerdings mit Einverständnis des Betriebsrates, im Notfall auf zehn Arbeitsstunden täglich verlängert. Ein Überstundenzuschlag tritt erst bei der elften Arbeitsstunde in Kraft.“

Der Lohnabbau beträgt, nicht wie von den Unternehmern gefordert, 14 bis 20%, sondern nur 4 bis 6%. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß eine Erhöhung der Löhne um 20% gefordert worden war. Wie immer, wird dieses Kompromiß von den Reformisten als ein großer Sieg gefeiert, und man versteigt sich zu der Bemerkung: „Aber diese neuen Löhne müssen gewertet werden als die Grundlage zur Erkämpfung höherer Löhne, die den Lebensnotwendigkeiten angepaßt sind.“ Das ist ein ganz neuer Begriff in der Gewerkschaftsstrategie: Der Lohnabbau ein Sieg und die Grundlage für Erkämpfung höherer Löhne.

Noch größer wäre der Sieg, wenn es keine Kommunisten gäbe, sagt der „Vorwärts“, denn die Unternehmer haben auch darauf gerechnet, daß durch die von den Kommunisten betriebene Hetze die Arbeiterschaft so gespalten würde, daß sie auch moralisch nicht imstande sein würde, dem Diktat der Unternehmer Widerstand zu leisten. Für die braven Führer gibt es aber ein Lob: „Der Kampf in der Berliner Metallindustrie hat auch gezeigt, daß es die „Amsterdamer Verräter“ sind, die auch in tiefster Not ihren Mann stellen, und daß ein wohlüberlegtes Abwägen der Kampfbedingungen nicht den Kampfgeist tötet, wenn es hart auf hart geht.“

Diese Urteile der Herren Reformisten sind ein wenig voreilig, ihnen täte Bescheidenheit notwendiger. Als im Frühjahr 1922 der große Kampf der süddeutschen Metallarbeiter entbrannte, haben wir auf den großen Ernst der damaligen Bewegung aufmerksam gemacht. Das Unternehmertum bemühte sich seinerseits, die 46stündige Arbeitszeit abzuschaffen und die 48-Stunden-Woche einzuführen. Der Kampf endete mit dem Sieg der Unternehmer. Und warum? Weil die Gewerkschaftsbureaukratie in ihrer Verblendung gar nicht sah, daß dieser Kampf schon den Entscheidungskampf um den Achtstundentag einleitete. Es wurden nicht, wie wir verlangten, alle Kräfte der Arbeiterklasse zur Abwehr dieses Angriffs mobilisiert. Nicht einmal im Kampfgebiet wurden die Reserven der Arbeiterklasse in den Kampf eingesetzt, geschweige denn, daß der ADGB. ernstliche Anstrengungen zur Unterstützung der Kämpfenden gemacht hätte. Die Passivität wurde entschuldigt mit der Treue zum Tarifvertrag und zur Arbeitsgemeinschaft. Heute zeigt das Unternehmertum, was es von der Arbeitsgemeinschaft und den Tarifverträgen hält — nämlich nichts, wenn sie Hindernisse zur Durchführung ihrer Pläne sind. Solche Einfaltspinsel gibt es nur unter der Arbeiterklasse, beziehungsweise den Gewerkschaftsführern, die den Feinden Treue halten, damit diese ungestört die Klassengenossen der kämpfenden Arbeiter niederwerfen können. Das Proletariat hat diese Treue am falschen Ort mit dem Verlust seiner Klasseneinigkeit bezahlt. Es ist die fluchwürdige Politik der Gewerkschaftsführer, die zur Ohnmacht der deutschen Gewerkschaftsbewegung geführt hat, und die es dem Unternehmertum erlaubt, mit der Arbeiterklasse Schindluder zu treiben.

Was soll aber hernach das Gerede von der „wohlüberlegten Abwägung der Kampfbedingungen“ durch die Amsterdamer? Im Sommer des letzten Jahres haben die Unternehmer mittels der Inflation den Abbau der Löhne ohne Widerstand seitens der Gewerkschaftbureaukratie betreiben können. Als der Betrug gar zu arg wurde, machten die „berufenen Instanzen“ einen scheinbaren Versuch zum Schutz der Arbeitslöhne vor dem Verfall. Der Kampf um den „wertbeständigen Lohn“ wurde auf die Tagesordnung gesetzt. Welch Schwindel mit diesem Schlagwort aber geführt wurde, bewies der Kampf der Berliner Metallarbeiter im Juli des Vorjahres. Das Ergebnis des Kampfes war keine Steigerung des Reallohnes, nicht einmal ein Schutz des Erreichten vor weiterer Entwertung. Die Verbandsleitung schwindelte das negative Ergebnis zu einem großen Gewinn der Arbeiter, um diese von der Fortsetzung des Kampfes und seiner Ausdehnung abzuhalten. Unsere Parole: Kampf um den Friedensreallohn! verhöhnte die „Metallarbeiterzeitung“ als eine „recht bescheidene“ und „nichtrevolutionäre“ Forderung. Sie behauptete, der Friedensreallohn sei kein Kampfesobjekt, das Unternehmertum könne den doppelten Friedensreallohn zahlen. Wir wissen nicht, was sich der Skribifax der „Metallarbeiterzeitung“ bei der Niederschrift seiner Behauptungen gedacht hat, aber wir erinnern jetzt die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes daran, wenn ihre Führer heute ihnen erklären, im Interesse des Vaterlandes oder der Wirtschaft in einen Lohnabbau und eine Verlängerung der Arbeitszeit zu willigen. Dabei soll nicht vergessen werden, daß im Sommer 1923 eine weit bessere Konjunktur zum Kämpfen war, als jetzt während der großen Arbeitslosigkeit und unter dem Belagerungszustand. Besonders günstig war aber die Gelegenheit zur Verbesserung der Lage der Arbeiter in den Tagen, in denen die Arbeiter durch einen entschlossenen Angriff die Cuno-Regierung stürzten. Aus Angst vor der Ausbreitung dieser Bewegung machte das Unternehmertum große Lohnzugeständnisse. Damals nahmen die „klugen Führer“ die Gelegenheit nicht wahr, sie redeten sich vielmehr das Maul wund, um den Arbeitern zu beweisen, daß sie zum Kämpfen und zum Siegen viel zu schwach seien, daß ihnen eine totsichere Niederlage bevorstehe, wenn sie weiter im Kampfe beharrten. So wurde einem erfolgverheißenden Vormarsch der Arbeiter das Rückgrat gebrochen, und unter viel ungünstigeren Verhältnissen muß heute der Kampf geführt werden. Das Verhalten der Gewerkschaftsführer in der Cuno-Krise hat die Gewerkschaften in eine große moralische Krise, in einen Auflösungsprozeß gestürzt und nicht das Verhalten der Kommunisten, wie der „Vorwärts“ anläßlich der Verherrlichung des „Sieges“ im jetzigen Metallarbeiterkampf schreibt.

Der neue Berliner Metallarbeiterkampf trug alle Mängel der Kämpfe in der Nachkriegszeit. Keine genügende Vorbereitung, keine genügende Zusammenfassung der Kräfte, keine aktive Führung und keine aktive Unterstützung seitens der anderen Ge-

werkschaftsverbände. Schon vor Beginn des Kampfes stand es für jeden Gewerkschafter fest, daß der Kampf nur dann Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn er schnell durchgeführt würde. Die Arbeiter können nach der langen Elendsperiode ohne Unterstützung keine langen Kämpfe mehr führen. Aber auch die Gewerkschaften sind nicht in der Lage, längere Kämpfe zu finanzieren. Diese Umstände zwingen dazu, sofort alle Kräfte in den Kampf zu führen, um durch schnellste und stärkste Steigerung des Druckes auf das Unternehmertum und auf den Staat eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes zu ermöglichen. Da nach einer Niederlage in solchem Kampfe auch die Arbeiter anderer Berufe vom Unternehmersieger attackiert werden, lag kein Grund vor, zu zaudern. Die wichtigsten Arbeiterschichten mußten zur sofortigen Verstärkung der Kampffront eingesetzt werden. Jedes Zaudern und abwartende Beiseitestehen dieser Schichten bedeutet eine Stärkung des Gegners, und eine Schwächung der eigenen Front.

Der Metallarbeiterkampf hat mit einem faulen Kompromiß geendet. Bald wird das Unternehmertum die Arbeiter zu neuem Kampf stellen, schon wurden die Buchdrucker und die Holzarbeiter von neuen Angriffen der Kapitalisten bedroht. Da gilt es, keine Zeit zu verlieren und nachzuholen, was diesmal versäumt wurde. Das gilt insbesondere für die Kommunisten. Diese dürfen sich nicht damit begnügen, Auchteilnehmer am Kampfe zu sein, sie müssen Vortrupp und Führer werden. In diesem Metallarbeiterkampf haben sie ihre Aufgabe nicht voll erfüllt.

Trotz seiner Mängel hat der Kampf der Metallarbeiter aber eines gezeigt: Das Proletariat ist nicht entscheidend geschlagen vom Faschismus, es hat noch Kraft und Willen zum Kampf. Aus tiefer Depression ist es wieder erwacht und hat sich zu Hunderttausenden unter ungünstigen Bedingungen zum Kampf gestellt. Ist das nicht ein Beweis, daß es noch an seine Kraft glaubt? Aus diesem Metallarbeiterkampf müssen die Arbeiter lernen, eifrig zu rüsten, damit uns die kommenden, größeren Kämpfe fähiger finden, zu siegen.

Der italienische Verband der Seeleute und die Faschisten.

Von Ruggero Grieco (Rom).

** Eine Revolte der Seeleute hat den Kapitän Giulietti, der an der Spitze des italienischen Verbandes der Seeleute stand, seines Postens enthoben. Ist diese Absetzung eine definitive? Mit dieser Frage beschäftigt sich seit einigen Tagen die gesamte italienische Presse. Am Abend des 2. Januar hatte der Kapitän Giulietti in Genua, wo der Verband seinen Zentralsitz hat, eine Mitgliederversammlung einberufen. Man erfuhr, daß die Dissidenten beabsichtigten, an der Versammlung teilzunehmen, um Giulietti gewaltsam aus dem Verband zu entfernen. Und tatsächlich, kaum hatte die Sitzung begonnen, als es zwischen den Anhängern Giuliettis und den Dissidenten zu Streitigkeiten kam, die schließlich in einen regelrechten Kampf, bei dem über 500 Revolverschüsse abgegeben wurden, ausarteten. Die nach dem Kampfe erschienene Polizei verhaftete eine Anzahl von Anhängern Giuliettis. Die Dissidenten versammelten sich im Seemannshaus und hielten dort eine Sitzung ab, in der sie beschlossen, Giulietti seines Amtes als Sekretär und Vertrauensmann des Verbandes zu entheben und Gabriele d'Annunzio zum Führer des Verbandes zu proklamieren. Giulietti protestierte durch ein Communiqué gegen den Übergriff einer bewaffneten Bande (von der ein Teil dem Verband der Seeleute gänzlich fernsteht) und warnte die Verschwörer vor dem Mißbrauch des Namens Gabriele d'Annunzios als Schild für ihre den Verband zersetzenden Umtriebe. Giulietti appellierte in dem Communiqué an die Einheit der starken Gewerkschaftsorganisation. Man glaubte, die Angelegenheit würde auf gewerkschaftlichem Wege geregelt werden, als durch die Stefani-Agentur eine Verordnung des Präfekten von Genua mitgeteilt wurde (diese Verordung war sicherlich schon mehrere Tage vor den geschilderten Ereignissen von der Regierung fertiggestellt worden), die die Leitung des Verbandes der Seeleute einem Triumvirat anvertraute, das sich aus dem Vizeadmiral und Staatsminister Umberto Cagni, dem Regierungskommissär des Genueser Hafenkommandanten Mario Barenghi und dem Kapitän Manzutto zusammensetzt. Eine andere Verordnung ernannte den Kommandanten Barenghi zum Regierungskommissär der Genossenschaft Garibaldi, die dem Seeleuteverband angegliedert ist. Diese beiden gesetzwidrigen Maßnahmen wurden rechtskräftig gemacht durch eine gesetzliche Bestimmung der Kommunal- und Provinzialbehörde, in der die Kontrolle der politischen Gewalt über Vereinigungen, also auch Gewerkschaften und Genossenschaften, vorgesehen wird, und zwar um die gute Verwaltung des einer Kollektivität angehörenden Besitzes zu sichern. Die üblichen Gründe der „öffentlichen Ordnung" mußten außerdem, wie immer, herhalten, um diesen Akt der Willkür zu rechtfertigen. So haben wir heute in Italien eine Gewerkschaftsorganisation, die von drei hohen Staatsbeamten geleitet wird. Es muß darauf hingewiesen werden, daß der Verband der Seeleute sowohl Matrosen als auch Offiziere umfaßt.

Zweifellos ist Kapitän Giulietti der Schöpfer der starken Organisation der Seeleute. Er gehörte einst der Sozialistischen Partei an, aus der er jedoch noch vor dem Kriege ausgeschlossen wurde. Während des Krieges trat seine Organisation für die Heilige Allianz ein, was dem Verband gestattete, seine Kasse zu bereichern, während alle übrigen Gewerkschaften verarmten. Aber Giulietti behielt seine individualistische und rebellische Mentalität. Als nach Beendigung des Krieges die Welle der proletarischen Bewegung hoch ging, da war Giulietti radikal. Er beherrschte die italienischen Meere. Er beschlagnahmte die Schiffe der russischen Konterrevolutionäre auf Grund der Verfügung über Seeräuberschiffe, er stellte Verbindungen mit dem Schwarzen Meere her, er stellte sich schließlich der Sozialdemokratischen Partei vollständig zur Verfügung. Später schloß er sich mit seiner Organisation der Allgemeinen Arbeitsföderation an. Der von ihm geleitete Verband war und ist der reichste Italiens; er besitzt ein Kapital von etwa 20 Millionen Lire. Die ebenfalls von Giulietti gegründete, dem Verband angegliederte Genossenschaft „Garibaldi" machte und macht jetzt noch große Geschäfte. Aber Giulietti lavierte ständig; bei jeder Gelegenheit trat er für die Interessen seiner von ihm vollständig beherrschten Organisation ein. Nie hat der Verband Kongresse abgehalten. Die Mitgliederversammlungen in Genua (zu denen sowohl die dort ständig arbeitenden, als auch die vorübergehend in Genua weilenden Seeleute Zutritt hatten) diktieren die Bestimmungen für den gesamten Verband. Verbandsstatuten hat es ebenfalls nie gegeben. Und nur selten machten sich gegen einen solchen Zustand Stimmen bemerkbar, denn die Masse der Mitglieder war Giulietti ergeben und dankbar für die gewerkschaftlichen Siege, die dieser stets errang. In den Jahren 1919 und 1920 war Giulietti Patriot und Revolutionär. Mit starken Geldsummen unterstützte er die anarchistische Zeitung „Umanita Nuova", den sozialistischen „Avanti", das Faschistenblatt „Popolo d'Italia". Er brachte Malatesta aus London nach Italien und leistete der revolutionären Bewegung große Dienste, während er gleichzeitig das Fiume-Abenteuer D'Annunzios unterstützte. Auf Geheiß der D'Annunzianer brachte er eine amerikanische Ladung anstatt an ihren Bestimmungsort nach Fiume, wo es an Lebensmitteln und Geld mangelte. Bei einer Zusammenkunft mit D'Annunzio in Fiume ernannte Giulietti den Dichter im Namen seiner Organisation zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes der Seeleute. D'Annunzio wurde von nun an der erste Seemann Italiens genannt, und er übernahm den höchsten Schutz der Seeleute. Das Verhalten Giuliettis erlaubte diesem zwar, die organisatorische Einheit des Verbandes aufrecht zu erhalten, doch brachte es Sozialisten und Liberale, Kommunisten und Faschisten gegen ihn auf. Gegen die kommunistischen Gruppen, die in Genua und in allen übrigen Hafenstädten für die Demokratisierung des Verbandes, für die Einberufung eines Kongresses und die Festlegung endgültiger Statuten eintraten, hetzte Giulietti seine Söldlinge auf, von denen unsere Genossen oft tätlich angegriffen wurden. Alle kommunistischen Funktionäre wurden ihrer Ämter enthoben. Oft versuchte er es mit Schmeichelworten und Bestechungen. An die Spitze der Garibaldi-Genossenschaft hatte Giulietti den Kommandanten Luigi Rizzo gestellt, einen D'Annunzianer, der im Kriege zwei österreichische Panzerschiffe versenkt hatte. Doch bald begann ein stiller Kampf zwischen Rizzo und Giulietti. Als die Faschisten begannen, die Straßen in Italien zu beherrschen, da gewann Giulietti plötzlich Sympathien für den Faschismus. Dieser Moment erschien Rizzo (der zu der Zeit antifaschistisch orientiert war) günstig, um eine Opposition gegen Giulietti zu organisieren und ihn zu stürzen. Rizzo versprach die Demokratisierung des Verbandes. Im Moment, als die Faschisten ans Ruder kamen, befand sich der Seeleuteverband in kritischer Lage.

Giulietti fürchtete Repressalien von seiten der Genueser Faschisten. die für die Interessen der Reeder eintraten und folglich wütende Feinde Giuliettis waren, und konnte daher nicht mehr offen arbeiten. Eine Amnestie für die Seeleute (um die D'Annunzio Mussolini gebeten hatte) nahm Giulietti die Angst vor eventueller Bestrafung. Als dem Sieg des Faschismus die Annullierung der Arbeitsverträge folgte, gelang es Giulietti, mit Hilfe D'Annunzios, die Gefahr fühlbarer wirtschaftlicher Erschütterungen des von ihm geleiteten Verbandes zu umgehen. D'Annunzio selbst diktierte den Vertrag, für die Seeleute, zu dessen Annahme er die Regierung und diese die Reeder zwang. Dieser Vertrag schien einen neuen Sieg Giuliettis über seine Gegner zu bedeuten. Doch die Reedereibesitzer wollten sich nicht fügen. Die Ereignisse der letzten Tage sind sicherlich eine Folge von hinter den politischen Kulissen in Rom geführten Verhandlungen. Man nimmt sogar an, daß der gegen Giulietti geführte Schlag von den politischen Behörden vorbereitet worden ist, die ihm die Färbung einer spontanen Revolte der Seeleute gegen die Diktatur Giuliettis gaben. Das Banner der Seeleute trägt immer noch — so behaupten die Faschisten — den Namen D'Annunzios, doch Giulietti müsse entfernt werden. Nur unter dieser Bedingung wollen die Besitzer den Vertrag unterzeichnen, doch mit der Reserve, daß er später abgeändert werden könne. Die Faschisten und einzelne D'Annunzianer haben zusammen mit den Reederbesitzern in der letzten Zeit eine emsige Tätigkeit entwickelt, um Giulietti zu stürzen. Der Sturz Giuliettis scheint tatsächlich ein endgültiger zu sein, da sich verschiedene seiner einflußreichen Anhänger, denen scheinbar große Versprechungen gemacht worden sind, ebenfalls gegen ihn gestellt haben.

Aus der Internationale

Der Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Von Jacques (Paris).

** **Am 20. Januar findet der Kongreß der KP. Frankreichs in Lyon statt.** Seine Bedeutung wird klar, wenn wir ihn mit dem letzten Kongreß der Partei (Mitte Oktober 1922 in Paris) vergleichen.

Auf dem Pariser Kongreß lag die Führung in den Händen Frossards. Die Partei war durch Elemente, wie Frossard, in eine ständige Krise verwickelt. Innerhalb der Partei waren drei Fraktionen, die sich gegenseitig bekämpften. Auf dem Pariser Kongreß entstand dann eine Situation, wo Frossard und seine Anhanger etwas über zwei Fünftel der Stimmen erhielten, die kommunistische Linke bekam etwas weniger als zwei Fünftel der Stimmen. Ungefähr ein Fünftel fiel der Richtung Renauld zu, die gegen die Einheitsfronttaktik der Internationale war. Frossard und seine Clique haben, gestützt auf ihre relative Majorität, die ganze Parteiorganisation und Presse in ihre Hände genommen, und die ganze bürgerliche Welt sah schon mit Freude die Zeit kommen, wo die Kommunistische Partei Frankreichs von der Komintern abfällt.

Es kam aber anders.

Der IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der zwei Wochen nach dem Pariser Parteitag begann, zeigte, daß er nicht umsonst die Kenntnisse und Erfahrungen aller Kommunistischen Parteien in sich vereinigte. Er hat in zahllosen Sitzungen, die über einen Monat dauerten, alle Fragen der französischen Arbeiterbewegung und der französischen Sektion der KI. untersucht. Es wurde ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, das für jedes Tätigkeitsfeld der Partei die Aufgaben und ihre Lösung klarstellte. Es wurde eine neue Zentrale eingesetzt, die, den Stimmen des Pariser Kongresses entsprechend, aus den Genossen der drei Richtungen zusammengesetzt wurde. Die wichtigste Maßnahme war die Reinigung der Partei von den reformistischen und bürgerlichen Elementen, die die Hauptursache der Krise waren. Es wurde beschlossen, daß kein Mitglied der Partei Mitglied einer bürgerlichen Organisation oder eines bürgerlichen Vereins sein darf. (Bis zum IV. Weltkongreß waren selbst in der Parteizentrale noch Freimaurer.) Es wurden Maßnahmen getroffen, die den proletarischen Charakter der verschiedenen Parteiinstanzen schützen.

Die Beschlüsse des IV. Weltkongresses wurden von der überwältigenden Majorität der Parteimitglieder mit dem Gefühl einer glücklichen Lösung empfangen. Einige hundert Intellektuelle, Freimaurer, Bürgermeister, Parteifunktionäre, die einsahen, daß sie in einer wirklich Kommunistischen Partei nichts mehr zu suchen haben, oder die lieber die Partei, als die Freimaurerloge verließen, fielen ab, mit Frossard an der Spitze. Die große Masse der Partei empfand ihre Entfernung als eine Erlösung nach jahrelanger Krankheit.

Eine Woche nach Frossards Austritt kam die Ruhrbesetzung und damit das „Komplott" der Kommunisten, die auf der Konferenz von Essen mit den deutschen Genossen zusammen die Kampfmaßnahmen gegen den französischen Imperialismus berieten. Die Führer der Partei und der revolutionären Gewerkschaften wanderten in das Gefängnis. Aber die Partei lieferte einen schlagenden Beweis ihrer Starke und Elastizität. Sie nahm den Kampf mit unverminderter Kraft auf und setzte die ganze französische Arbeiterschaft in Bewegung. Das „Komplott" fiel in einigen Wochen in sich zusammen und verwandelte sich in eine große Niederlage Poincarés und der französischen Bourgeoisie.

Seit dieser Zeit nimmt endlich die Kommunistische Partei Frankreichs die Stelle in der französischen und in der internationalen Arbeiterbewegung ein, die ihr versagt war, solange die Reformisten und Freimaurer in ihren Reihen waren. Sie ist die klare, entschlossene Führerin des französischen Proletariats geworden, die in dem Kampf für die Tagesforderungen, für die Amnestie, gegen den französischen Imperialismus, gegen die korrupte bürgerliche Presse beweist, daß sie das Vertrauen der französischen Arbeiterschaft verdient. Durch ihre Tätigkeit hat sie das Vertrauen der besten Elemente der revolutionären Syndikalisten erobert und ihre Entwicklung zum Kommunismus beschleunigt. Sie hat dabei verstanden, sich zu reorganisieren, und die Partei hat auch auf diesem Gebiet einen großen Schritt vorwärts gemacht. Ihre Presse hat sich weiter entwickelt: die „Humanité" blieb mit 170.000 Auflage das größte proletarische Organ des Kontinents.

Der Kongreß in Lyon wird die Bilanz des vergangenen Jahres ziehen. Er wird die Fehler, die während der Arbeit gemacht worden sind, verbessern und die nächsten Schritte der Partei beraten. Neben den laufenden Fragen der nationalen und internationalen Politik wird sich der Kongreß hauptsächlich mit der Frage der Betriebszellen, die in der Zukunft die Grundlage der Partei bilden sollen, beschäftigen. Daneben wird die Frage der Taktik der Partei bei den bevorstehenden Wahlen den größten Raum einnehmen. Die Linie der Partei ist in dieser Frage klar durch die Beschlüsse der Komintern gezeichnet: sie wird den Wahlkampf unter der Losung des Arbeiter- und Bauernblocks, gegen jeden Links- oder Rechtsblock der Bourgeoisie führen. Da die Sozialdemokraten auch in Frankreich die Einheitsfront der Arbeiter verraten und lieber die Einheitsfront mit der Bourgeoisie bilden, wird unsere Partei die einzige sein, die die Fahne des Klassenkampfes bei den Wahlen hochhalten wird. Ihre Anziehungskraft nimmt dementsprechend in den Bezirken, wo die Sozialdemokraten noch Einfluß auf Industriearbeiter haben, zu.

Der Kongreß in Lyon wird das Bild einer starken, gesunden Massenpartei bieten, die, befreit von der reformistischen Seuche, endlich den richtigen Weg gefunden hat. Es wird noch Nachwehen geben, es wird noch Schwierigkeiten und Wachstumkrankheiten geben, aber die Partei wird aus ihnen immer stärker und gesunder hervorgehen.

Zur Lage in der KPD.

In Nr. 49 vom 29. Dezember v. J. haben wir die Thesen der mittleren Gruppe innerhalb der KPD. veröffentlicht. Nachstehend bringen wir die Thesen, beziehungsweise Skizze zu den Thesen der beiden anderen Gruppen. Die Redaktion.

Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage.

Von A. Thalheimer und H. Brandler.

1. Dezember 1923.

I. Zur Oktoberniederlage.

1. Der Oktoberrückzug war unvermeidlich und richtig.

2. Die grundlegenden Ursachen der Oktoberniederlage sind objektiver Art und nicht wesentlichen taktischen Fehlern der KPD. geschuldet. Die entscheidende Ursache ist der noch zu starke hemmende Einfluß der Sozialdemokratie. Die Mehrheit

der Arbeiterklasse war nicht mehr bereit, für die Novemberdemokratie zu kämpfen, die ihnen bereits materiell nichts mehr gab, und noch nicht bereit, für die Rätediktatur und den Sozialismus zu kämpfen.

Oder anders ausgedrückt: Die Mehrheit der Arbeiterklasse war noch nicht für den Kommunismus gewonnen.

3. Der gemeinsame Fehler der Exekutive wie der Zentrale der KPD. war die falsche Beurteilung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen SPD. und KPD.

Die KPD. hat in dieser Beziehung sich kritisch gegenüber der Exekutive verhalten, aber nicht genügend energisch. Die Exekutive hat dieser Kritik nicht das genügende Gewicht beigelegt.

4. Die Folgen dieser falschen Beurteilung des Kräfteverhältnisses waren:

a) ein zu früher Termin des Endkampfes,

b) die Vernachlässigung der Teilkämpfe und der politischen Vorbereitung,

c) infolge der mangelnden Verbindung zwischen politischer und technischer Vorbereitung litt auch die militärisch-technische Vorbereitung.

5. Mängel zweiter und dritter Ordnung waren:

a) in Sachsen und Thüringen nicht genügende Ausnützung der gegebenen Positionen sowohl in bezug auf Zersetzung der SPD. und Heranziehung der SPD.-Arbeiter an die KPD. wie auch in bezug auf die Organisation der militärischen Abwehr.

b) Schwerfälligkeit der organisatorischen Umstellung der Partei für den Bürgerkrieg.

6. Alle diese Fehler und Mängel ändern nichts wesentliches in dem grundlegenden Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse.

II. Zur gegenwärtigen Lage.

1. Die Militärdiktatur Seeckt stützt sich sozial auf Schwerindustrie und Großagrarier. Sie sucht sich die selbständige Bewegung der Mittelschichten (den kleinbürgerlichen Faschismus) teils durch Konzessionen, teils durch Repressalien unterzuordnen. Sie sucht, die Zersplitterung der Arbeiterklasse zu erhalten und zu vertiefen, einerseits durch Beibehaltung des Scheins der bürgerlichen Demokratie und dadurch Gewinnung der Sozialdemokratie als Schutztruppe andererseits durch Repressalien gegen die KPD.

2. Die Lebensdauer der Militärdiktatur hängt ab:

a) von der Möglichkeit, ein zeitweiliges wirtschaftliches Gleichgewicht wieder herzustellen durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Mittelschichten, Kürzung der Ausgaben und ausreichende Steuerleistung der Besitzenden. Die ersten zwei sind durch die gegenwärtigen Machtverhältnisse möglich, das letztere ist fraglich und wird entscheidend sein.

b) vom Tempo der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus und Zersetzung und Neutralisierung der Mittelschichten.

3. Das Tempo der erneuten objektiven Zuspitzung der Lage ist noch nicht abzuschätzen. Dagegen muß allgemein mit einer Verschärfung der Klassengegensätze und Kämpfe gerechnet werden.

4. Von der KPD. hängt ab das Tempo der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus. Auf die politische und organisatorische Liquidation der SPD. sind alle Kräfte zu konzentrieren.

5. Die politische Plattform dieser Liquidation ist

negativ: Zerstörung der demokratischen und sozialreformistischen Illusionen.

positiv: Gewinnung der Arbeiter für den Kampf um proletarische Diktatur und Sozialismus.

6. Mit dieser grundsätzlichen und kritischen Propaganda sind politische, wirtschaftliche und militärische Teilkämpfe zu verbinden. Der Entscheidungskampf ist die Kulmination und Resultante dieser Teilkämpfe.

7. Das nächste Kettenglied: Eroberung der Bewegungsfreiheit (der Straße usw.) durch revolutionäre Massenaktion (zunächst friedliche und bewaffnete Demonstrationen, Streiks, durch bewaffnete und geschützte Versammlungen usw.).

8. Verlegung des organisatorischen Schwergewichts in die Betriebszellen.

9. Erhöhung der Aktivität und Disziplin in der Partei. Ausscheiden passiver Elemente aus der Partei, gleichzeitig breitere Massenverbindung.

Erweiterte Exekutivsitzung, im Anschluß daran außerordentliche Parteikonferenz.

Skizze zu Thesen über die politische Situation und über die Lage der Partei*)

vorgelegt vom Polbureau der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg.

1. Durch die Verschärfung der Reparationskrise im Januar 1923 wurde das Wirtschaftschaos in Deutschland sowie der politische Zusammenbruch ungeheuerlich gesteigert.

2. Dieser steigende wirtschaftliche und politische Druck verwandelte die bis dahin rückläufige Bewegung der Arbeiterklasse in eine aufwärtsgehende proletarische Bewegung von offensivem, revolutionärem Charakter.

3. Die ersten Zeichen der neuen revolutionären Welle waren die Ruhrkämpfe im Mai, die Kämpfe in Oberschlesien, der Metallarbeiterstreik in Berlin, die Lohnkämpfe im sächsischen Erzgebirge. Diese Bewegungen erreichten ihren Höhepunkt im Cunostreik.

4. Die Bedeutung des Cunostreiks lag in folgendem: Die Arbeiter gingen von wirtschaftlichen Forderungen (Notendruckerstreik, Inflationskrise) aus, und in der Bewegung selbst erhielt der Streik einen zugespitzten politischen Charakter (Berliner Betriebsräte lehnten ab, für wirtschaftliche Forderungen zu kämpfen und stellten die Regierungsfrage!). Der Cunostreik hatte die Kräfte des Proletariats belebt und aktiviert, die Bourgeoisie erschreckt und zersetzt. Nach dem Cunostreik fürchtete die Bourgeoisie die „zweite Revolution", die Schichten der ländlichen und städtischen Kleinbürgermassen begannen offen mit der Arbeiterschaft und der KPD. zu sympathisieren. Die objektiven Verhältnisse in Deutschland zwischen dem Auguststreik und den Oktoberereignissen waren reif zur Machtergreifung durch das Proletariat.

5. **So war es vollkommen richtig von der Exekutive der Komintern, im Oktober 1923 von der KPD. die Einstellung auf den Endkampf zu verlangen.** Dieser Kampf hätte unter Umständen durch eine Reihe von Teilkämpfen eingeleitet werden können, aber die Partei hatte die Pflicht, in dieser historischen Situation mit allen Kräften in den Kampf hineinzugehen und eine entscheidende Schlacht zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat herbeizuführen. Die Siegesaussichten der KPD. waren im Oktober sehr groß. **Aber die KPD. hätte diesen Kampf auch wagen müssen auf die Gefahr einer Niederlage hin, die den Kommunisten gute revolutionäre Traditionen im Proletariat** gegeben und den Sieg erst vorbereitet hätte. Das beste Beispiel für die Wahrheit dieses Satzes ist der Hamburger Kampf, der dem Ansehen der KPD. in Hamburg unter der Arbeiterschaft trotz seiner Mängel sehr genützt hat.

6. Das kampflose Zurückweichen der KPD. im Oktober erleichterte den Sieg der Schwerindustrie, zersetzte und deprimierte breite Teile des Proletariats. Auch in den Reihen der eigenen Partei ist schwere Verwirrung hineingetragen, die heute noch nicht beseitigt ist. (Die KPD. hatte versprochen, den Faschismus nicht siegen zu lassen usw. usw.)

7. Die Ursachen für den Oktoberzusammenbruch der KPD. liegen:

a) Die Parteileitung weigert sich bis in den Oktober hinein, die Parteimitgliedschaften auf den Endkampf einzustellen, und mußte erst von der Exekutive der Komintern dazu gezwungen werden (Perspektive der linkssozialdemokratischen, rein gewerkschaftlichen Regierung im August!). Diese Umstellung konnte dadurch nur ganz oberflächlich und ohne wirkliche praktische Auswirkungen in der Presse, Propaganda, Organisation, Gesamtpolitik der Partei geschehen.

b) In der rein militärisch-technischen Vorbereitung, wobei die Partei politisch und propagandistisch gar nicht auf die Losungen des Endkampfes eingestellt war, noch dazu, da auch militärisch-technische Vorbereitungen seit der Märzaktion so gut wie nicht geleistet worden waren, ein Versäumnis, das in der kurzen Zeit von der Oktober-Konferenz in Moskau bis zu den entscheidenden Ereignissen nicht nachgeholt werden konnte.

c) In der revisionistischen Einheitsfronttaktik und dem Bündnis mit der linken VSPD., das sich am krassesten in Sachsen und Thüringen zeigte. Die Partei hatte durch ihre Taktik

*) Diese Skizze soll nur als Grundlage der Diskussion gelten; die ausführlichen Thesen werden später veröffentlicht.

die linke VSPD. erst in der Arbeiterschaft populär gemacht. Die Partei hatte durch ihre jahrelange Einheitsfronttaktik unter den Kommunisten selbst das Gefühl der Schwäche und die Einstellung erzeugt, als ob man nur im Bunde mit der SPD. die Kämpfe, insbesondere entscheidende Kämpfe wagen könne. (Theorie vom Herüberziehen der SPD. vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterklasse!)

d) Insbesondere hat die Partei durch die ständige Propaganda der Übergangslosungen im Rahmen der Demokratie und der Verfassung (Sachwerterfassung, Arbeiterregierung!) verabsäumt, in den breiten Massen das kommunistische Programm überhaupt noch am Leben zu erhalten. Entscheidend ist, daß die Partei diesen Fehler nicht einmal nach den Maikämpfen im Ruhrgebiet, nicht einmal nach dem Cunostreik, ja sogar nicht einmal nach der Oktoberniederlage korrigiert hat, und daß sie bis zur Oktoberkonferenz in Moskau hartnäckig an der Theorie und Praxis der Zwischenstufen festhielt.

Aus der Theorie und Praxis der Übergangsforderungen entsprang die Konzentration der Arbeit der Parteimehrheit auf gewisse Bezirke, wo das Zusammengehen mit der linken SPD. möglich war (Sachsen und Thüringen!) und die Vernachlässigung anderer wichtiger Kampfposten des deutschen Proletariats, so insbesondere des Ruhrgebietes und der Ruhrfrage. (Der Leipziger Parteitag beschäftigte sich nicht speziell mit der Ruhrbesetzung!)

e) Aus der Theorie der Übergangsforderungen, aus der Praxis des Zusammengehens mit der SPD. entspringt der scharfe Kampf der Parteimehrheit gegen die Linke in der Partei, dessen organisatorische und persönliche Auswirkungen mit zur inneren Schwächung der Partei beigetragen haben.

8. Der Zentralausschuß, der nach den Oktoberereignissen tagte, hat es verabsäumt, zu all den in der Partei schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Seither ist die Krise in der Arbeiterschaft und in der Partei gewachsen. Die deutsche Arbeiterschaft hat, zum großen Teil durch die Schuld der KPD., den Achtstundentag kampflos an die Unternehmer preisgegeben. Das Ruhrgebiet befindet sich im Ablösungsprozeß von Deutschland, auf die Micumverhandlungen folgen in den nächsten Wochen offizielle Verhandlungen von Regierung zu Regierung. Die Herrschaft der weißen Generale wirft Hunderte von Proletariern in Schutzhaft und Gefängnis, ohne daß sich die Arbeiter mit genügender Kraft dagegen wehren. Nach dem Ansteigen der revolutionären Stimmung im Proletariat vor und nach dem Cunostreik befinden wir uns gegenwärtig in einer Periode der Niedergeschlagenheit und Depression.

9. Die internationale Krise und die Krise des deutschen Kapitals werden aber in den nächsten Monaten eine Reihe neuer scharfer Zuspitzungen bringen.*) Die KPD. darf nicht noch einmal einen „deutschen Oktober" erleben, wenn sie nicht jedes Prestige als revolutionäre Partei bei den Massen verlieren soll. Klares Aussprechen der begangenen Fehler, **Abrechnen mit den Revisionisten in den eigenen Reihen, Bruch mit den Theoretikern und Praktikern der Zwischenstufen**, schleunigste Sammlung aller Kräfte der Partei zu illegaler Arbeit müssen sofort durchgeführt werden. Jede Woche weiterer Verzögerung der Klärung verschlechert den Zustand der Partei und verhindert ihre Kampffähigkeit.

10. Ausgehend von der Bilanz der Oktoberniederlage muß die Partei ein Aktionsprogramm schaffen. Die wichtigsten Punkte der Arbeit in den nächsten Monaten sind:

a) Einstellung der Partei auf den Machtkampf, politisch, organisatorisch, militärisch, technisch.

b) Lebendige, konkrete, unmittelbare Propaganda für die Diktatur des Proletariats. (Die Partei muß in der täglichen Agitation zeigen, wie die weiße Diktatur die Fragen des Proletariats löst und wie die rote Diktatur sie lösen wird.)

c) Propaganda der Sozialisierung (Rettungsprogramm, Hetze gegen die großen Trusts und Konzerne. Gegen die 30 oder 40 Schwerindustriellen muß dieselbe Hetze entfaltet werden, ja noch konzentrierter wie gegen Seeckt, Ludendorff und Hitler. Wir müssen den breitesten Massen klar machen, wer die Macht in der Hand hält und wie die Verbindung zwischen dem Regierungsapparat und der Schwerindustrie läuft).

d) Politisierung der Betriebsrätebewegung, die Ausnützung der Betriebsrätebewegung zur Vorbereitung der politischen Arbeiterräte. Unermüdliche Propaganda für die proletarischen Räte als Vorbedingung der proletarischen Diktatur (Kontrollausschüsse).

e) Arbeit unter den Erwerbslosen in Verbindung mit den Betriebsräten, Schaffung von Erwerbslosenräten.

f) Entfesselung von Kämpfen um den Achtstundentag, gegen die Sondergerichte usw., unter Führung der KPD. und der Betriebsräte.

g) Restloser Bruch mit der rechten und linken SPD. in Theorie und Praxis, schärfste Bekämpfung der SPD. und der Gewerkschaftsbureaukraten innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften.

h) Verstärkte Arbeit für das kommunistische Programm unter den Bauern, Landarbeitern, Mittelständlern, Beamten, Intellektuellen.

11. Zur Reorganisation der Partei ist notwendig:

a) Einschränkung der Zentrale auf neun Mann, Verkleinerung des zentralen Apparats auf ein Zehntel, Ausschaltung der Rechten aus der Führung. Lebendige Verbindung der Zentrale mit der politischen Arbeit der Bezirke.

b) Liquidierung des Kampfes gegen die Linke durch die Parteimehrheit, durch gemeinsamen Kampf des Parteizentrums und der Parteilinken gegen die Parteirechte.

c) Einberufung einer Erweiterten Exekutivsitzung noch im Januar.

d) Einberufung eines Parteitages spätestens im Februar.

*) Über diesen Punkt folgen ausführliche Thesen.

Russische Parteidiskussion

Die nächsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der KP. Rußlands.

Resolution des Politischen Büros des ZK. der RKP.

Nachfolgende Resolution wurde durch das politische Büro des ZK. der RKP. am 24. Dezember vorigen Jahres angenommen und bildet jetzt den Gegenstand einer breiten Diskussion in allen Organisationen der Partei. Nach Beendigung der Diskussion wird die Resolution zur endgültigen Formulierung dem Plenum des ZK. und sodann zur Beschlußfassung dem Parteitag der RKP. vorgelegt werden. Die Redaktion.

** Bei der Entscheidung der aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen muß die Partei von den Hauptaufgaben der gegenwärtigen historischen Periode ausgehen; diese ist: die wirkliche Durchführung des Bündnisses zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft, des Zusammenschlusses von Stadt und Land, des Zusammenschlusses der nationalisierten Industrie und der Bauernwirtschaft.

Nur die richtige Lösung jener Fragen, die auf dem Gebiet des Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Bauernschaft entstehen kann die wirtschaftliche Grundlage der proletarischen Diktatur endgültig befestigen und sie vor jeder Erschütterung bewahren.

Der 12. Parteitag hat in seiner Resolution über die Organisierung der Industrie mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Geschwindigkeit der Entwicklung unserer Staatsindustrie objektiv bedingt ist durch den Zustand der Bauernwirtschaft und daß eine sorgfältige Anpassung der gesamten Wirtschaftspolitik an das Entwicklungsniveau der Bauernwirtschaft die wichtigste Aufgabe darstellt. Die unrichtige Lösung dieser Aufgabe führt unvermeidlich zu katastrophalen Folgen, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete. Nur eine grundsätzliche Änderung der heutigen politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen der europäischen Industriestaaten könnte die unmittelbare Abhängigkeit der Staatsindustrie vom Zustand der Bauernwirtschaft mildern und Verhältnisse schaffen, die einen schnelleren Übergang zur Herrschaft der sozialistischen Wirtschaft ermöglichen.

Die Resolution des 12. Parteitages sagt:

„Die Landwirtschaft hat, trotzdem sie sich bei uns noch immer auf einem niedrigen technischen Niveau befindet, eine herrschende Bedeutung für das gesamte Wirtschaftslebe der Sowjetmacht... Unsere Partei darf bei der Erwägung jedes einzelnen Schrittes, den sie unternimmt, die tatsächlich vorherrschende Bedeutung der Bauernwirtschaft auf keine Minute vergessen, auf keine Minute aus den Augen verlieren... Nicht nur die Außerachtlassung, sondern auch ein nicht genügend aufmerksame Beachtung dieses Umstande würde sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf rein politischem Gebiete unzählige Gefahren mit sich bringen, we sie unvermeidlich zur Zersprengung oder zur Schwächun

jenes Bündnisses des Proletariats und der Bauernschaft, jenes Vertrauens der Bauernschaft zum Proletariat führen würde, das in der heutigen historischen Übergangsperiode eine der Hauptstützen der Diktatur des Proletariats bildet. Die Bewahrung und Befestigung dieses Bündnisses, dieses Vertrauens ist die Hauptbedingung der Standhaftigkeit der Sowjetmacht und folglich die Hauptaufgabe der Partei."

Diese systematischen Weisungen der Partei fanden bisher keinen vollkommenen Ausdruck in der Praxis unserer Wirtschaftsorgane. Es war bei weitem nicht genügend beachtet worden, daß die Notwendigkeit der Herstellung eines möglichst breiten Austauschverkehres zwischen Stadt und Land die Hauptursache des Überganges zur neuen Wirtschaftspolitik gewesen ist und daß in der neuen Wirtschaftspolitik die Versorgung der Bauernschaft mit Erzeugnissen der Staatsindustrie die wichtigste wirtschaftliche Aufgabe bildet.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die auf unserem Wege stehen (Absatzkrise) sind in bedeutendem Grade die Folgen der ungenügenden Beachtung dieser Weisungen der Partei in bezug auf die Rolle und Bedeutung der Bauernwirtschaft und auf jene Besonderheiten, die mit der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats in einem überwiegend bäuerlich bevölkerten Lande verbunden sind. Die Aufgabe der Partei muß zunächst in der sorgfältigen und systematischen Durchführung der oben geschilderten Politik bezüglich des Verhältnisses von Stadt und Land bestehen, und es dürfen keine schädlichen wirtschaftlichen und politischen Abweichungen in der Richtung der Unterschätzung der Bedeutung der Bauernwirtschaft im wirtschaftlichen Gesamtbau des Landes zugelassen werden.

Das Mißverhältnis zwischen dem Tempo des Wiederaufbaues der Bauernwirtschaft und der Staatsindustrie führte bei dem bestehenden freien Warenverkehr zu den Krisenerscheinungen der letzten Zeit. Bezeichnend für diese Krise ist das Mißverhältnis zwischen den maßlos hohen Preisen der Industrieerzeugnisse und dem niedrigen Preise der Landwirtschaft. Die Industrie, die auf dem Boden des städtischen Marktes, der viel höhere Preise zu zahlen imstande ist, emporwuchs, konnte im Zeitpunkte der Realisierung der Ernte ihren Waren unter den minder zahlungsfähigen Massenverbrauchern der Bauernschaft keinen Absatz verschaffen. Andererseits fand die Bauernschaft keinen genügend breiten inneren und äußeren Markt für den vorteilhaften Verkauf ihres Getreides vor; das war die Ursache der niedrigen Getreidepreise.

Zur Verschärfung der Absatzkrise beigetragen haben: die ungenügende Entwicklung der Handelsbeziehungen, die Preispolitik der Syndikate, die Höhe der Betriebsunkosten sowohl in der Industrie wie auch besonders im Handel, die schwache Entwicklung der Geldwirtschaft und das Doppelvalutensystem, wobei unter der Entwertung der Sowjetnoten die Bauernschaft am meisten zu leiden hatte.

Dank der zähen Arbeit ergab das abgelaufene Jahr unzweifelhafte Erfolge auf dem Gebiete des Wiederaufbaues der Industrie und des Transports. Die Staatsindustrie erzeugte im letzten Jahre mehr Waren als je in einem Jahre seit dem Bestehen der Sowjetmacht. Andererseits hat die Bauernschaft zweifelsohne ihre Anbauarbeiten erweitert, ihre Wirtschaft gewissermaßen gehoben, den Anbau von Spezialkulturen gesteigert und hatte dank der Ablösung des größten Teiles der Naturalsteuern durch Geldsteuer, trotz der verhältnismäßig schlechteren Ernte als im Vorjahre, größere Getreidevorräte zur Verfügung.

Die jetzige Krise kann also keineswegs mit jener Produktions- und Ernährungskrise verglichen werden, die das Land in den Jahren 1919/20/21 durchmachte. Die jetzige Krise ist die Folge des Mißverhältnisses zwischen den erwähnten einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft, besonders aber die Folge davon, daß unsere Staatsindustrie und unsere staatlichen Handelsorgane es nicht verstanden haben, den Weg zum bäuerlichen Massenmarkt zu finden.

I.

Die Landwirtschaft.

Die geringe Aufnahmefähigkeit und schwache Zahlungsfähigkeit des bäuerlichen Marktes wie auch der hohe Selbstkostenpreis der Erzeugnisse der städtischen Industrie sind die Folgen der langen Periode äußerer und innerer Kriege. Das Sinken der Preise für landwirtschaftliche Produkte ist eine Welterscheinung, die in den kapitalistischen Ländern, zum Beispiel in Amerika, dazu führte, daß ungeheuere Getreidemengen vernichtet (verbrannt) wurden, um eine künstliche Preiserhöhung herbeizuführen.

Die städtische und industrielle Bevölkerung der Sowjetunion bildet keinen hinreichenden Absatzmarkt für die Bauernwirtschaft. Die Erhöhung der Getreidepreise kann in erster Linie das Resultat der Eroberung ausländischer Märkte sein. Diesen Umstand hat die Partei schon im vorigen Jahre in Betracht gezogen und stellte die Notwendigkeit der möglichst breiten Förderung der Getreideausfuhr fest. Im vorigen Jahre wurden 40 Millionen Pud Getreide ausgeführt, im laufenden Wirtschaftsjahre ist als die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik die Ausfuhr von 250 Millionen Pud Getreide beschlossen worden. Der Erfolg des Kampfes der bäuerlichen Getreideproduzenten um die ausländischen Märkte erfordert jedoch die Anpassung der Landwirtschaft an die Verhältnisse dieser Märkte. Die Partei setzte die Unterstützung der Bauernschaft auf die Tagesordnung, und zwar hinsichtlich der Hebung des technischen Niveaus der Bauernwirtschaft, der Einführung intensiverer Bodenkulturen, der Erhöhung des Betriebskapitals der Bauernwirtschaft, der Erneuerung des Inventars usw.

Vor allen Dingen muß die Organisation der staatlichen Getreideeinkaufsstellen und der staatlichen Ausfuhrorgane verbessert, die Betriebsunkosten auf diesem Gebiete herabgesetzt, die Rolle und die Einkünfte jeder Art Vermittler und Aufkäufer im Getreidehandel so stark als möglich eingeschränkt werden.

Die Sowjetmacht kann und muß den Bauern auch bei der Verstärkung seines Betriebskapitals unterstützen, und zwar: a) durch die Organisierung eines billigen landwirtschaftlichen Kreditwesens (Gründung einer landwirtschaftlichen Bank); b) durch die Lieferung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen an die Bauernschaft bei Gewährung eines Zahlungskredits unter Vorzugsbedingungen; c) durch die Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. Bei allen ihren Maßnahmen in bezug auf die Bauernschaft muß die Partei von der Notwendigkeit ausgehen, die ärmsten und mittleren Schichten der Bauernschaft in jeder möglichen Weise zu unterstützen, besonders durch Bildung von Gemeinschaften zur gemeinsamen Bestellung des Bodens, damit die armen Bauern von der Gewalt der Großbauern befreit werden können.

Die Bauernwirtschaft bildet die Grundlage für den Wiederaufbau der Industrie und folglich auch für das Wachsen der Arbeiterklasse, da der bäuerliche Markt den wichtigsten Massenabsatzmarkt für die Erzeugnisse der Industrie darstellt. Die Bauernwirtschaft ist andererseits die wichtigste Rohmaterialquelle für unsere Industrie. Daher ist die größtmöglichste Unterstützung der Bauernwirtschaft nicht nur im allgemeinen Interesse der Sowjetmacht, sondern auch im besonderen Interesse der schnellsten Entwicklung der Industrie erforderlich.

II.

Die Staatsindustrie.

Nur die Entwicklung der nationalisierten Großindustrie kann für die proletarische Diktatur unerschütterliche Grundlagen schaffen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, erteilte der 12. Parteitag genaue Weisungen bezüglich jener Maßnahmen, die die Partei im Interesse der Befestigung und Entwicklung unserer Staatsindustrie zu ergreifen und systematisch durchzuführen hat.

Die Staatsindustrie hat im vergangenen Jahre eine bedeutende Entwicklung erfahren; sie steigerte ihre Produktion in Quantität und Qualität. Die Zunahme der Produktion ging dabei von Monat zu Monat ohne starke Schwankungen und Sprünge vor sich.

Das Tempo der Entwicklung der staatlichen Großindustrie überstieg im vergangenen Jahre einigermaßen das Entwicklungstempo der Landwirtschaft und der Klein- und Hausindustrie. (Die gesamte Produktion der Großindustrie hat sich im Verhältnisse zur Produktion des Jahres 1921 fast verdoppelt. Die Gesamtproduktion der Staatsindustrie beträgt 35% der Vorkriegsproduktion gegenüber 20 bis 22% im Vorjahre.)

Besonders die Erfolge, die auf dem Gebiete der Brennmaterialwirtschaft erzielt wurden, garantieren die Möglichkeit der Fortsetzung des Wiederaufbaues der übrigen Produktionszweige. Der Transport befindet sich in einem solchen Zustand, der ihm gestattet, allen volkswirtschaftlichen Anforderungen ohne besondere Schwierigkeiten nachzukommen. Außerdem müssen verschiedene Erfolge erwähnt werden, die auf dem Gebiete der Organisierung der Produktion in den Fabriken und Werkstätten und auch sonst erzielt worden sind.

Im Wettlauf um die Deckung der Verluste, die die Industrie im ersten Jahre der neuen Wirtschaftspolitik erlitten hatte, haben einige Wirtschaftsorgane die Direktiven des 12. Parteitages, worin die Notwendigkeit des Strebens nach Rentabilität ausgesprochen wurde, unrichtig angewandt und die Preise auf eine Niveau erhöht, das nur bei einem zahlungsfähigeren Markt als angemessen erscheint. Die hohen Warenpreise stießen auf die niedrige Zahlungsfähigkeit des bäuerlichen Massenmarktes. Die Waren konnten nicht verkauft werden und brachten der Industrie nicht nur nicht die erwarteten Gewinne, sondern stellten die Unternehmung vor die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit und Produktionseinschränkung.

Die im Kampfe um die Beherrschung des Marktes und um die Feststellung von Einheitspreisen entstandenen Syndikate waren die unmittelbaren Urheber dieser Politik der hohen Preise. Diese Politik war zweifelsohne die Folge einer unrichtigen Ausnützung der monopolartigen Organisation einzelner Industriezweige bei der unzureichenden Entwicklung der regelnden Organe.

Die sozialistische Akkumulation ist der wichtigste und der entscheidende Faktor für das Schicksal der proletarischen Diktatur unter der Herrschaft der neuen Wirtschaftspolitik. Jedoch ist es ein Fehler vom Gesichtspunkte des sozialistischen Aufbaues, wenn die Preise der Produkte außer dem Selbstkostenpreis und dem notwendigen Minimalgewinn auch die Ausgaben für eine so rasche Wiederherstellung und Erweiterung des Grundkapitals enthalten, die die große Masse der Bevölkerung des Landes im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht tragen kann. Die Preispolitik muß in der Zukunft viel mehr als bisher mit dem Bauernmarkt in Einklang gebracht und das Entwicklungstempo der Industrie viel vorsichtiger als bisher mit dem allgemeinen Entwicklungsgang der Aufnahmefähigkeit des Bauernmarktes in Einklang gebracht werden.

Von der diesjährigen Produktion der Industrie wurden sieben Zehntel an städtische Verbraucher abgesetzt und nur drei Zehntel zur Befriedigung des bäuerlichen Konsums. Das beweist, daß unsere Industrie noch bei weitem nicht genügend fähig war, sich zum bäuerlichen Massenverbrauch Zugang zu verschaffen.

Jene Höhe, die die Preise der Industrieerzeugnisse im vergangenen Jahre erreichten, findet ihre Erklärung nicht nur in objektiven Ursachen, sondern ist in bedeutendem Maße die Folge von Organisationsmängeln der Industrie und des Fehlens jener Ökonomie an den Betriebskosten, die zum Wiederaufbau der Wirtschaft der Republik vollkommen unerläßlich ist. Die Politik der Preisherabsetzung muß die Aufmerksamkeit der Industrie auf die Erniedrigung des Selbstkostenpreises durch eine weitere Verbesserung und Ausdehnung der Produktion und durch die maximale Einschränkung der Betriebsunkosten, ferner auf die Verbesserung und Verbilligung des Handelsapparats der Industrie lenken.

Im Zusammenhange hiermit müssen die bestehenden Syndikate einer Revision unterzogen werden. Nur jene Syndikate dürfen bestehen bleiben, deren wirtschaftliche Zweckmäßigkeit erwiesen wird. Nur durch die strenge Durchführung der Politik der Anpassung an den Massenmarkt, der Herabsetzung des Selbstkostenpreises und der Erweiterung der für den Massenverbrauch bestimmten Erzeugnisse wird die Staatsindustrie in der Lage sein, die Konkurrenz mit dem Privatkapital in der Belieferung des Massenkonsumenten: des Bauern und des Arbeiters, erfolgreich aufnehmen zu können. Indem die Partei in jeder möglichen Weise die Eroberung des Marktes des breiten Massenverbrauches durch die nationalisierte Staatsindustrie fördert, steht sie weiter auf dem Standpunkte, daß es notwendig ist, der Kleinindustrie eine gewisse Unterstützung angedeihen zu lassen, da sie keinen großen Geldaufwand noch besonderes Rohmaterial, Heizmaterial und Nahrungsmittelvorräte für ihren Wiederaufbau fordert und dabei der Bauernwirtschaft eine gewisse Hilfe bringen und deren Produktivkräfte heben kann, wodurch der gesamte Warenverkehr des Landes erhöht wird.

Ein unerläßliches Element bei der Verbesserung der Organisierung unserer Industrie bildet die Konzentration der Industrie. Wir erhielten vom alten Wirtschaftsregime eine große Anzahl von Unternehmungen in Erbschaft, die ohne einen Zusammenhang mit einem allgemeinen Wirtschaftsplan und mit jener Ordnung des volkswirtschaftlichen Lebens, in der wir uns heute befinden, entstanden sind. Diese Unternehmungen stellen eine äußerst starke Belastung für das volkswirtschaftliche Budget dar. Ihre Unterhaltungskosten bei einer ungenügenden Beschäftigung oder ihre Konservierung bei vollkommenem Stillstand wirken unvermeidlich erhöhend auf die Preisbildung. Die Partei darf aber auf keine Minute vergessen, daß die kommerziellen und Budgetrücksichten hier viel mehr als auf jedem anderen Gebiete durch politische Rücksichten kontrolliert werden müssen, das heißt unter den gegebenen Verhältnissen durch die Rücksicht auf die Bewahrung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Dort, wo die Schließung von Betrieben einen Schlag gegen die politische Kraft des Proletariats bedeuten, seine Hauptkaders sprengen und zu seiner Zerstücklung führen würde, dort wäre die Durchführung einer rücksichtslosen Konzentration ein unzulässiger politischer Fehler.

In der vorangehenden Periode konzentrierte die Partei ihre Kräfte auf die Verstärkung und Erweiterung der Kohlen- (Donezbecken) und Naphthaproduktion (Baku), da ohne die Sicherstellung der Heizmaterialindustrie von der Erstarkung anderer Industriezweige keine Rede sein konnte. Die gegenwärtig erzielten Erfolge in der Brennmaterialwirtschaft ermöglichen und erfordern, daß die Partei ihre Aufmerksamkeit nunmehr auf die Metallurgie konzentriert. In der nächsten Periode muß die Metallindustrie in den Vordergrund gestellt werden und vom Staat eine viel größere Unterstützung erhalten als im vorigen Jahre, und zwar eine allseitige, besonders aber finanzielle Unterstützung.

III.

Arbeitslohn und Gewerkschaften.

Die im Herbst entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden von Schwankungen auf dem Gebiete des Arbeitslohnes begleitet und riefen sowohl bezüglich des Zeitpunktes wie auch der Auszahlungsform des Arbeitslohnes eine Reihe von Mißständen hervor. Das politische Bureau hat Anfang August und das Plenum des ZK. im September mehrere Beschlüsse gefaßt, die auf den Schutz des Arbeitslohnes vor dem Sinken und die Erhöhung des Arbeitslohnes der in dieser Hinsicht zurückgebliebenen Arbeiterkategorien (z. B. Eisenbahner) gerichtet waren.

Die Partei ist der Meinung, daß der Zustand der Industrie und der gesamten Staatswirtschaft die Einstellung solcher Auszahlungsformen des Arbeitslohnes gestattet, die eine faktische Lohnherabsetzung bedeuten (Surrogate, große Noten) und eine Reihe energischer Maßnahmen gegen die verzögerte Auszahlung des Arbeitslohnes ermöglicht. Die Partei fordert von allen Wirtschaftsorganen die Fortsetzung des Kampfes gegen alle diese Mißstände und besteht darauf, daß die rechtzeitige Auszahlung des Arbeitslohnes eine unerläßliche Pflicht der Wirtschaftsorgane darstellt.

Der der heldenhaften Kraftanstrengung der Arbeiterklasse zu verdankende Aufschwung der Industrie und des Transports muß sich in der Besserung der Lage der Arbeiter widerspiegeln. Die Gewerkschaftsorgane müssen ständig darauf achten, daß diese beiden Linien: der wirtschaftliche Aufschwung und der Aufschwung im Wohlstande der Arbeiterklasse, miteinander in Einklang stehen sollen.

Der Wiederaufbauprozeß unserer Industrie hat unvermeidlicherweise das zahlmäßige Wachsen des Proletariats, seine Konsolidierung, die Erhöhung seines materiellen und Kulturniveaus zur Folge. Hieraus entspringt für die Gewerkschaften die besonders dringende Aufgabe, sich viel mehr als bisher der Sache der Organisierung und Leitung der Industrie anzunehmen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit müssen die Gewerkschaften die Auswahl jener organisatorischen Kräfte aus den Arbeitermassen durchführen, die in der Staatsindustrie führende Posten besetzen können. Die Partei, die Gewerkschaften und Wirtschaftsorgane müssen sich zu diesem Zwecke das Ziel setzen, mittels besonderer Schulen und auch mittels der Heranziehung breiter Massen zur Beurteilung der Wirtschaftslage und der laufenden Arbeit der Industrieunternehmungen die Kaders dieser aus Arbeiterkreisen hervorgehenden Wirtschaftsführer auszubilden. Regelmäßig müssen Industriekonferenzen veranstaltet werden, zu denen zur Besprechung der aktuellen Fragen des Produktionslebens und zum Meinungsaustausch Vertreter der Wirtschafsorgane, der Gewerkschaften, der Partei und der parteilosen Arbeiter zugezogen werden sollen. Diese Konferenzen sollen den Gewerkschaften ermöglichen, die Geschäftsführung in den Unternehmungen sorgfältig zu studieren und zu kontrollieren und die Wirtschaftsorgane im Kampfe gegen die Mißwirtschaft, gegen die hohen Betriebsunkosten usw. in jeder möglichen Weise zu unterstützen.

IV.

Der Außenhandel.

Das Außenhandelsmonopol ist eines der Hauptelemente der gesamten Wirtschaftspolitik der Partei. Es hat sich besonders unter den Verhältnissen der neuen Wirtschaftspolitik sowohl als eine Waffe zum Schutze der Reichtümer des Landes vor der Ausplünderung durch einheimische und ausländische Kapitalisten wie auch als Mittel der sozialistischen Akkumulation vollständig bewährt.

Nur durch eine vollständige Beibehaltung des Außenhandelsmonopols können wir schon jetzt eine aktive Handelsbilanz erreichen und den Ertrag des Außenhandels in den Händen des Staates konzentrieren.

Durch die Verhinderung jeder Vergeudung der Volksmittel auf die Einfuhr solcher Waren, die im Inlande erzeugt werden können, ermöglicht das Außenhandelsmonopol die Organisierung einer planmäßigen Einfuhr solcher Erzeugnisse, die für die Entwicklung unserer Industrie und der Bauernwirtschaft unentbehrlich sind. Das Außenhandelsmonopol muß auch weiterhin als das — besonders in der Periode der neuen Wirtschaftspolitik — wichtigste Elemente der Wirtschaftspolitik der Partei in vollem Umfange beibehalten werden.

V.

Der Innenhandel und das Genossenschaftswesen.

Unter der neuen Wirtschaftspolitik kommt der Organisierung des Handels eine außerordentliche Bedeutung zu, da der Zusammenschluß der nationalisierten Industrie und des bäuerlichen Marktes durch den Handelsapparat vollzogen werden muß. Jede Erstarkung des Genossenschaftswesens und des Staatshandels und die Erweiterung ihres Tätigkeitsfeldes bedeutet die Erweiterung der Sphäre der sozialistischen Wirtschaft. Jede Schwächung der Positionen der Genossenschaften und des Staatshandels und die Erstarkung der Positionen des Privatvermittlers und Aufkäufers bedeutet die Erweiterung der Herrschaftssphäre der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse. Daher bildet die Unterstützung der Genossenschaften und des staatlichen Handels, die Eroberung der Positionen des privaten Handelskapitals auf dem Wege der Konkurrenz und die wirtschaftliche Ausnützung dieses Privatkapitals durch den staatlichen Handel und die Genossenschaften die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik der Partei.

Unterdessen hat die Krise bewiesen, daß die Genossenschaften und der Staatshandel nicht auf der Höhe der ihr zugewiesenen Aufgaben: der Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zwischen der Staatsindustrie und dem Massenverbrauche, stehen.

Die ungenügende Beweglichkeit und Verzweigung dieser Organe, die Schwerfälligkeit und der Bureaukratismus des Handelsapparats, die Höhe der Betriebsunkosten, die Unfähigkeit zur Eroberung des Massenmarktes, die ungenügende Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der zerstreut lebenden, vielmillionenköpfigen Bauernschaft fordern von der Partei eine zähe Arbeit an der Beseitigung dieser durch die Krise hervorgerufenen Mängel. Die Fragen des Handels erheben sich vor der Partei in ihrer ganzen Größe.

VI.

Das Privatkapital.

Das Problem des Verhältnisses zwischen dem privaten und dem Staatskapital ist heute auf dem Gebiete der Wirtschaft das wichtigste Problem, da es das Schicksal der Frage des Kräfteverhältnisses zwischen dem sich auf die nationalisierte Industrie stützenden Proletariat und der sich auf die Elemente des freien Marktes stützenden neuen Bourgeoisie entscheidet. Bei der Feststellung der Grundlagen der neuen Wirtschaftspolitik, die sich vollkommen bewährt hat und keiner — faktisch zur Rückkehr zum „Kriegskommunismus" neigenden — Revision bedarf, hat die Partei notwendigerweise nicht nur die Akkumulation gewisser Mittel durch das Privatkapital mittels des Handels gestattet, sondern auch dazu ihre Zustimmung gegeben, daß ein Teil der sich im Besitze des Staates befindenden Produktionsmittel dem Privatkapital zur Verfügung gestellt wird (Konzessionen, Pachtverträge usw.). Auf diesem letzten Gebiete ist der Anteil des Privatkapitals sowohl absolut wie auch relativ ganz gering. Die verhältnismäßig größere Rolle des Privatkapitals im Handel findet ihre Erklärung in der größeren Anpassungsfähigkeit des Privatkapitals an den Detailverkehr und an die Bedienung der Bedürfnisse der Dorfbevölkerung.

Es ist nicht die Aufgabe des Staatskapitals, eine unmittelbare Verbindung mit der ganzen Hundertmillionenmasse der zerstreut lebenden bäuerlichen Produzenten herzustellen, aber auch auf diesem Gebiete muß dem Wachsen des Privatkapitals eine Schranke gesetzt werden durch die Befestigung der wirtschaftlichen Rolle der Genosesnschaften und des Staatshandels und durch eine Anpassung an die Bedürfnisse und Bedingungen des Handelsverkehrs im Dorfe.

Eine der Hauptbedingungen der Befestigung unserer Positionen gegenüber dem Privatkapital ist eine richtige Preispolitik. Durch die Konzentrierung der Hauptmasse der im Dorfe gebrauchten Erzeugnisse in ihren Händen, muß die Sowjetmacht einen Zustand zu erreichen bestrebt sein, wo die Staatsorganisationen und die Genossenschaften billiger verkaufen als der Privatkaufmann. Wir müssen erreichen, daß der Massenkonsument — der Arbeiter und Bauer — den Vorzug des Genossenschafts- und Staatshandels über den Privathandel klar erkennt. Den Genossenschaften gehört die wichtigste Rolle bei der Organisierung des Handels, besonders des Detailhandels. Daher müssen verschiedene Maßnahmen getroffen werden, die die Genossenschaftsorganisationen zu wirksamen Waffen der Verdrängung des privaten Handelskapitals machen (staatliche Unterstützung der Genossenschaften, besonders der Konsumgenossenschaften der Arbeiter; der Übergang der Genossenschaften auf das System der freiwilligen Mitgliedschaft; die größte Aufmerksamkeit soll der Ausdehnung des Netzes und der Befestigung der unteren Genossenschaftszellen zugewendet werden; die Ermöglichung einer unmittelbaren Verbindung zwischen diesen unteren Genossenschaften und der Staatsindustrie; rücksichtslose Verringerung der Betriebsunkosten; möglichst weitgehende Ausschaltung aller Verbindungsglieder, durch die die Ware zum Verbraucher gelangt usw.).

Gleichzeitig müssen, um die Tätigkeit des Privatkapitals der allgemeinen Richtung der Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht zu unterordnen, weitere Maßnahmen der Preisregelung in bezug auf die Hauptgegenstände des Massenverbrauches getroffen werden. Anderseits muß eine Regelung der privaten Akkumulation durch steuerpolitische Maßnahmen erzielt werden. Eine rücksichtslose Besteuerung des Luxus, die Steigerung des Kampfes gegen die gesetzwidrige Spekulation usw. sind unentbehrliche Maßnahmen.

Die Partei hat auf die Getreiderequisitionen und auf das System der Naturalentlohnung der arbeitenden Bevölkerung entschieden verzichtet. Dadurch, daß die Partei der Bauernschaft das freie Verfügungsrecht über die Frucht ihrer Arbeit anheimgestellt hatte, hat sie zugleich in gewissem Maße die Beteiligung des Privatkapitals an dem Warenverkehr zugelassen, und es besteht kein Grund, von dieser Politik abzurücken. Aber die Partei muß systematisch an die Befestigung ihrer Positionen auch auf diesem Gebiete herangehen und um die vollkommene Beherrschung des bäuerlichen Massenmarktes einen zähen Kampf führen.

VII.

Finanzpolitik.

Eine außerordentlich wichtige Errungenschaft auf dem Wege der Erfüllung der Hauptaufgaben unserer Wirtschaftspolitik stellt die Schaffung einer festen Valuta, des Tscherwonetz, und die Verwandlung dieser festen Valuta in die Hauptvaluta des Landes dar (aus der mit 350 Millionen bezifferten Gesamtmasse des umlaufenden Geldes beträgt die Summe des im Umlauf befindlichen Tscherwonetzgeldes 370 Millionen, also ungefähr vier Fünftel).

Die Einführung des Tscherwonetz und die Bewahrung seines Charakters als feste Valuta war nur dank dem fortschreitenden Entwicklungsgang unserer ganzen Wirtschaft möglich und beweist, daß wir uns auf dem richtigen Wege der wirtschaftlichen Wiedergeburt befinden.

Der Tscherwonetz ist gegenwärtig eine der wesentlichsten Stützen für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft. Die oben erwähnte Entwicklung der Staatsindustrie im vergangenen Jahre wäre unmöglich gewesen, wenn wir den Tscherwonetz nicht gehabt hätten. Auf der Grundlage des Tscherwonetzumlaufes wurde und wird die Gewährung von Krediten an die Industrie, den Handel und die Landwirtschaft vorgenommen. Die Bankkredite an die Industrie und den Handel haben eine

bedeutende Entwicklung erfahren. Dieser Kredit bildete jenen Manövrierungsfonds des Staates, ohne den eine planmäßige Entwicklung der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft unmöglich ist. Mit Hilfe dieses Kredits konnte die Industrie ihre Produktion ohne Rückschlag zur Entfaltung bringen und bis zum Zeitpunkt der Ernterealisierung einen großen Warenfonds anhäufen.

Die strenge Durchführung der kommerziellen Kalkulation, die richtige Berechnung des Selbstkostenpreises und die richtige Regelung der Rechnungsführung in unseren Fabriken und Werkstätten, in den Trusts, Syndikaten und Handelsorganisationen war nur mit Hilfe der festen Tscherwonetzvaluta möglich und wird auch in der Zukunft nur mit ihrer Hilfe befestigt und verbessert werden können.

Die Politik der Partei in der nächsten Zeit muß sich auf die Bewahrung der Stabilität des Tscherwonetz und auf die Vollendung der Geldreform gerichtet sein. Die Interessen breiter Massen fordern die Vollendung der Geldreform, das heißt, die Ersetzung der sinkenden Sowjetnote durch feste Valuta. Die Vollendung der Geldreform muß in der nächsten Periode eine der Hauptaufgaben der Sowjetmacht werden.

Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe bedeutet die Besserung der Lage der Bauernwirtschaft, die Hebung der materiellen Lage der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerungsschichten überhaupt und die Gesundung des gesamten Wirtschaftslebens.

Die erfolgreiche Durchführung der Geldreform ist nur möglich, wenn das Budgetdefizit soweit als möglich verringert wird und alle Wirtschaftsorgane die strengste Sparsamkeit beobachten werden. Der Kampf gegen jede Art überflüssiger Ausgaben ist also ein wesentliches wirtschaftliches Erfordernis.

Auf dem Gebiete des Staatsbudgets können bedeutende Errungenschaften festgestellt werden. Die normalen Einnahmequellen sind im Steigen begriffen. Die Bedeutung der Emission wird stets geringer. Nunmehr müssen alle Kräfte angespannt werden, um die Geldmittel des Staates, ohne die Steuerlast der werktätigen Bevölkerungsschichten zu erhöhen, durch die Erhöhung der Rentabilität der Staatsgüter und Unternehmungen zu vermehren.

Gleichzeitig ist eine unbestreitbare Besserung der Lage in bezug auf die Aufstellung der Budgetpläne selbst eingetreten. Schon seit einigen Jahren ist die Sowjetmacht bestrebt, ein festes Budget aufzustellen. Aber nur im vergangenem Jahre ist auf diesem Gebiete eine bemerkenswerte Besserung erreicht worden. Zum ersten Male haben wir ein mit dem wirklichen Leben im Einklang stehenden Budgetplan, der in viel größerem Maße als bisher gestattet, auf dem Gebiete der Staatsverwaltung und der Staatswirtschaft mit Voraussicht und Berechnung zu arbeiten.

Schon die Einführung der Tscherwonetzvaluta allein erleichterte im bedeutendem Maße die Kalkulation und folglich auch die planmäßige Führung sowohl der Gesamtwirtschaft wie auch der einzelnen Unternehmungen. Die Verbesserung und Vervollkommnung der Budgetpläne wäre der nächste Schritt. Aber nur die Vollendung der Geldreform ermöglicht auf Grund einer festen Geldeinheit die Aufstellung von realen Finanzplänen für die Industrie und den Handel, sie allein ermöglicht eine richtige Kalkulation und die Organisierung einer wirklichen Rechnungführung.

Die Geldreform muß also eine der wesentlichen Voraussetzungen für die notwendige Verstärkung der Übereinstimmung zwischen den einzelnen Teilen der Volkswirtschaft bilden, und sie wird zum erstenmal eine reelle Grundlage für eine wirklich planmäßige Führung der Wirtschaft schaffen.

VIII.

Über die Notwendigkeit des Ausbaues der planwirtschaftlichen Grundlage.

Es wäre von Grund auf verfehlt, anzunehmen, daß eine planmäßige staatliche Führung bei der Vorherrschaft der Kleinbauernwirtschaft, bei der steigenden Bedeutung des Weltmarktes und dessen Preisgestaltung für unsere Wirtschaft die Möglichkeit von Krisen unter der neuen Wirtschaftspolitik ausschließen würde.

Die gegenwärtige Krise hebt dennoch die Notwendigkeit hervor, die Arbeit im Interesse der Anpassung der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft aneinander und dem Ausbau der planwirtschaftlichen Grundlage bei der Tätigkeit der staatlichen Wirtschaftsorgane zu steigern.

In viel größerem Maße als bisher muß die Partei lernen, die einzelnen Elemente der Staatswirtschaft sowohl miteinander wie auch mit dem Markte in Einklang zu bringen. Diese Aufgabe wird dadurch erleichtert, daß wir auf dem Gebiete der Erfüllung der wichtigsten Voraussetzungen einer planwirtschaftlichen Leitung bemerkenswerte Erfolge erzielt haben, ohne die die Planwirtschaft sich leicht in eine bureaukratische Utopie hätte verwandeln können. Diese Voraussetzungen einer erfolgreichen Planwirtschaft sind: 1. Die Schaffung einer festen Valuta; 2. die Organisierung des Kreditwesens; 3. die Akkumulation eines Manövrierungsfonds; 4. die Errichtung und Befestigung gewisser Organisationsformen der Wirtschaft (Trusts); 5. das Vorhandensein verschiedener, auf der Erfahrung beruhender Pläne, vor allen Dingen Budgetpläne usw.

Das Vorhandensein dieser Bedingungen ermöglicht eine viel erfolgreichere Arbeit der staatlichen, planwirtschaftlichen Organe. Auf der Tagesordnung steht der Ausbau des staatlichen planwirtschaftlichen Instituts (Gosplan), die Erhöhung seiner Rolle auf dem Gebiete der Finanz- und Kreditpolitik, die Herstellung einer viel engeren Verbindung zwischen der Tätigkeit des Planwirtschaftlichen Instituts, des Finanzvolkskommissariats, des Obersten Volkswirtschaftsrates, des Volkskommissariats für Landwirtschaft, der Kommission für Binnenhandel usw., der Ausbau der lokalen Organe des Instituts usw.

Als seine nächste Pflicht muß das Institut für Planwirtschaft das systematische Studium der jeweiligen Marktkonjunktur und die Ausarbeitung besonderer Maßregeln im Interesse der Einwirkung auf die Marktverhältnisse betrachten. Das Institut für Planwirtschaft muß in Wirklichkeit jene Stelle einnehmen, die ihm in der Resolution des 12. Parteitages zugewiesen wurde. Die Ernennung eines der stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissäre zum Vorsitzenden des Planwirtschaftlichen Instituts gewährleistet die unmittelbare Anteilnahme des Instituts an der Lösung aller aktuellen Fragen des Wirtschaftslebens.

IX.

Praktische Schlußfolgerungen.

A. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft.

1. Der Übergang der Landwirtschaft zur intensiveren Kulturform, der Ausbau der Rohmaterialkulturen, der Viehzucht usw. durch verschiedene Anspornungsmaßnahmen (Steuererleichterungen, Darlehen usw.).

2. Die Steigerung der Getreideausfuhr in jeder möglichen Weise, um den Überflüssen der bäuerlichen Brotproduktion zum Weltmarkt Zugang zu verschaffen und daher für die Bauernwirtschaft vorteilhaftere Getreidepreise zu erzielen; zum selben Zwecke die möglichst größte Verringerung der Betriebsunkosten beim Ankauf und Transport des Getreides.

3. Alle notwendigen Maßnahmen zur Organisierung des staatlichen Getreidehandels auf dem inländischen Markte in solchen Formen, die die Stabilität der Getreidepreise sichern (zweckmäßige Disponierung über entsprechende Getreidemengen, Tarifregelungen, Ausbau des Elevatornetzes usw.).

4. Der Ausbau eines weitverzweigten Netzes von landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften in den Dörfern, als Hauptorgane für den Ankauf der landwirtschaftlichen Produkte und für die Versorgung der Bauernschaft mit den notwendigen Gebrauchsartikeln.

5. Dringende Maßnahmen im Interesse des Ausbaues des landwirtschaftlichen Kreditwesens durch die Gründung einer zentralen landwirtschaftlichen Bank und kleinerer Kreditgesellschaften, die den Bauern, Bauerngenossenschaften und Kollektivwirtschaften ermöglichen, sich landwirtschaftliche Maschinen und Geräte mit Hilfe eines langfristigen Kredits zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen.

6. Der Übergang, vom Jahre 1924 an, zu Erhebung einer einheitlichen landwirtschaftlichen Steuer in Geldform, berechnet in fester Valuta.

7. Für das Jahr 1924 müssen für die unvermögenden Bauernwirtschaften große Steuererleichterungen festgesetzt werden; die Organisationen der landwirtschaftlichen Arbeiter (Allrussischer Verband der Land- und Forstarbeiter) und der armen Elemente der Bauernschaft (zum Beispiel die Komitees der armen Bauern usw.) müssen in jeder möglichen Weise unterstützt werden.

8. Es ist dem Zustand ein Ende zu setzen, daß lokale Behörden ungesetzliche Steuerzusätze erheben; freiwillige Steuer-

erhebungen dürfen nicht anders als mit der fallweise einzuholenden Erlaubnis der Zentralbehörden stattfinden.

B. Auf dem Gebiete der Industrie.

1. Rationalisierung der Produktion und Erhöhung der Produktivität der Arbeit.

2. Erhöhung des Beschäftigungsgrades der Unternehmungen und die planmäßige Verteilung der Bestellungen, besonders in der Schwerindustrie.

3. Verringerung der Betriebsunkosten durch die Vereinfachung der Organisation der Industrie, die Herabsetzung der Zahl der Angestellten usw.

4. Verbilligung des industriellen Roh-, Brenn- und Hilfsmaterials sowohl durch Verringerung der Unkosten beim Ankauf wie auch durch Einfuhr billigen ausländischen Rohmaterials.

5. Schaffung einer ordentlichen Kalkulation in der Industrie unter strenger Verantwortlichkeit für ihre Richtigkeit.

6. Genaue Feststellung der Rechte und Pflichten der Leiter der Trusts und der Direktoren der Unternehmungen im Interesse der vollständigen Liquidierung der Überbleibsel aus der Periode der Warenzentralen.

7. Systematische Bekleidung verantwortlicher Posten in den Industrieunternehmungen und Wirtschaftsvereinigungen durch praktische Wirtschaftsfunktionäre, die aus Arbeiterkreisen hervorgehen.

8. Kräftige Unterstützung der Wirtschaftsfunktionäre bei ihrer unter den Verhältnissen des verzweifelten Kampfes gegen das Privatkapital äußerst schwierigen Arbeit an dem wirtschaftlichen Aufbau.

9. Zu steigern ist die Teilnahme der Gewerkschaften an der Führung der Wirtschaftsorgane, an der Kontrolle, deren Tätigkeit und bei der Auswahl der Wirtschaftsfunktionäre.

10. Die Parteiorganisationen in den Unternehmungen müssen der Produktion näher gebracht werden mittels einer regelmäßigen Information der Parteizellen über den Gang der Arbeiten in den Unternehmungen und Vereinigungen, mittels der freien Aussprache über alle Seiten der Tätigkeit der Wirtschaftsorgane und der Anspornung der Initiative einzelner Genossen zur Forschung nach den zur Verbesserung der Wirtschaftsarbeit nötigen Maßnahmen.

C. Auf dem Gebiete des Arbeitslohnes.

1. Der Kurs auf die Erhöhung des Arbeitslohnes in Übereinstimmung mit dem Aufschwung der Industrie und der Arbeitsproduktivität.

2. Verhängung strengster Strafen für die Zurückhaltung des Arbeitslohnes. Vollständiger Schadenersatz für Kursverluste der Sowjetnoten bei verspäteter Auszahlung des Arbeitslohnes.

3. Verbot der Auszahlung allzu reichlicher Tantiemen. Die Auszahlung von Tantiemen nur aus dem Reingewinn und nur an einzelne sich besonders auszeichnende und verdienstvolle Funktionäre im Einvernehmen mit den Gewerkschaften.

4. Besserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter; als aktuelle Aufgabe: die Sicherstellung eines Staatskredits für den staatlichen Wohnungsbau.

5. Besondere Aufmerksamkeit muß der Bezahlung der Versicherungsbeiträge gewidmet werden, um in erster Linie jenen Teil der Arbeitslosen zu versorgen, der aus wirklich proletarischen Elementen besteht und die vor allen anderen an die Produktion heranzuziehen sind, wenn dies durch die Erweiterung der Produktion ermöglicht wird.

D. Auf dem Gebiete des Außenhandels.

1. Weitere Maßnahmen zur Befestigung des Außenhandelsmonopols.

2. Heranziehung ausländischen Kapitals an den Außenhandel durch Anspornung zur Gründung von gemischten Export- und Importgesellschaften.

3. Durchführung des mit den wirtschaftlichen Grundplänen im Zusammenhang stehenden Export-Importplanes, der die aktive Handelsbilanz (Überwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr) und die Versorgung der Sowjetindustrie mit billigem Rohmaterial und billigen Halbfabrikaten sichert.

4. Kräftiger Ausbau der ausländischen Exportkredite.

E. Auf dem Gebiete des Binnenhandels.

1. Ausdehnung des unteren Handelsapparats, besonders des unteren Genossenschaftsnetzes, auf Grund einer aufmerksamen Wahrnehmung der Interessen des Verbrauchers (Einführung der für den Massenverbrauch unentbehrlichen Warenassortiments usw.) und die Regelung des Verhältnisses zu den privaten Handelsvermittlern in der Richtung der Unterordnung der letzteren unter die Genossenschaften und den Staatshandel (durch Regelung der Detailpreise, Wareninterventionen usw.).

2. Ausbau der Regelung der Engrospreise, vor allem die der wichtigsten Massenverbrauchsgegenstände, in erster Linie Gegenstände des bäuerlichen Konsums. Ausdehnung der Preisregelung auch auf die Detailpreise durch Feststellung von Höchstzuschüssen seitens der Engrosorgane für die Genossenschaften; durch Manövrierung der Staatsorgane mit bestimmten Warenmengen zum Zwecke der Herabdrückung der Preise in den entsprechenden Bezirken, endlich durch eine Kreditpolitik, die vor allen Dingen auf die Bedienung der unteren Handelsorgane gerichtet ist.

3. Anerkennung der Notwendigkeit der Preisregelung für Salz, Petroleum und Zucker in allen Handelskategorien (Genossenschafts-, Staats- und Privathandel).

4. Änderung des vorhandenen Systems zentralisierter Ankäufe durch höhere Organe in der Richtung einer starken Anspornung zu unmittelbaren Abschlüssen zwischen den unteren Handelsorganisationen, Fabriksvereinigungen und Handelslagern; eine entsprechende Umgestaltung des Systems der Kreditgewährung an die Genossenschaften und staatlichen Handelsorgane.

5. Revision des bestehenden Systems der Syndikate; Auflösung jener Syndikate, deren wirtschaftliche Zweckmäßigkeit nicht erwiesen ist; Beschränkung der Handelstätigkeit der übrigen Syndikate in der Regel auf den Großhandel..

6. Revision der bestehenden Eisenbahntarife in der Richtung der Verbilligung der Massentransporte.

7. Das Ergreifen aller notwendigen Maßnahmen zur Verringerung der Handelsunkosten; Verminderung der Zahl der Handelsvertretungen in Zentrum und in der Provinz, Verwendung der genossenschaftlichen und der staatlichen Handelsorgane als Kontrahenten, endlich Ausschaltung der überflüssigen Ausgaben (in bezug auf Beförderungsmittel, Aufmachung, Reklame usw.).

8. Auswahl einer speziellen Reserve von Funktionären für den Ausbau der Organe der Genossenschaften und des Staatshandels.

9. Genaue und rechtzeitige Rechenschaftslegung der Handelsorgane.

F. Auf dem Gebiete der Finanzen.

1. Strengste Durchführung des festgesetzten Jahresbudgets mit der unbedingten Beschränkung der Defizitsumme auf die vom Budget vorgesehene Summe.

2. Übergang zu einer festen Valuta, Einstellung der Emission der nicht stabilen Sowjetnoten und Herausgabe — noch bis zum Frühjahr — eines stabilen Wechselgeldes in Stücken unter einem Tscherwonetz sowie Herausgabe von Silbergeld — all dies in Verbindung mit der Reform der landwirtschaftlichen Steuer.

3. Herabsetzung der indirekten Steuer auf die Gegenstände des Massenverbrauches, vor allem auf Salz, Petroleum und Raffinadezucker.

4. Verbilligung des Kredits für die Industrie und für den Getreideankauf und Dezentralisierung des Kreditwesens in der Richtung einer Annäherung an die unteren Wirtschaftseinheiten.

5. Jede mögliche Ausnützung der regelnden Rolle des Kredits durch die Koordinierung der Tätigkeit der Staatsbank und anderer Kreditanstalten vermittels des Planwirtschaftlichen Instituts und des Rates für Arbeit und Verteidigung mit den führenden Organen der Industrie und des Handels.

G. Auf dem Gebiete der planwirtschaftlichen Tätigkeit.

1. Erhöhung der Rolle des staatlichen Planwirtschaftlichen Instituts bei der Ausarbeitung reeller Wirtschaftspläne für den Rat der Arbeit und Verteidigung in bezug auf die Verbindung der einzelnen Elemente der Volkswirtschaft und der Regelung der Marktverhältnisse auf Grund eines systematischen Studiums der Wirtschaftskonjunktur.

2. Enge Koordinierung der Tätigkeit des Finanzvolkskommissariats, des Obersten Wirtschaftsrates, des Kommission für Binnenhandel und anderer wirtschaftlichen Volkskommissariate mit der Arbeit des Planwirtschaftlichen Instituts bei unbedingter Übereinstimmung des allgemeinen Arbeitsplanes des Zentralen

Statistischen Amtes mit dem Arbeitsplan des Planwirtschaftlichen Instituts.

3. Verstärkung des Planwirtschaftlichen Instituts mit neuen Arbeitskräften.

Unsere Probleme

Probleme der deutschen Revolution.

Von G. Sinowjew.

Unter obigem Titel haben wir im Oktober und November v. J. eine Artikelserie des Gen. Sinowjew veröffentlicht. Diese Artikelserie ist jetzt bereits in Broschürenform — vermehrt durch ein Vor- und Nachwort — erschienen. Nachstehend bringen wir das Vorwort zum Abdruck. Auf die Broschüre selbst werden wir noch zurückkommen. (Die Red.)

** In dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, macht die revolutionäre Bewegung in Deutschland neue Schwierigkeiten durch. Die Herren Sozialdemokraten fühlen sich als Sieger. Im revolutionären Lager herrscht hier und da Verwirrung.

Aber es wäre die größte Charakterlosigkeit, anläßlich der zeitweiligen Mißerfolge in Verzweiflung zu geraten. Der Weg der deutschen proletarischen Revolution ist wahrlich nicht mit Rosen bestreut. Dem deutschen Proletariat steht ein äußerst kluger Gegner in der Gestalt der deutschen Bourgeoisie gegenüber, die vortrefflich organisiert ist und mit größter Geschicklichkeit manövriert. Ein noch gefährlicherer Gegner ist für das Proletariat die deutsche Sozialdemokratie, die, man muß ihr in dieser Hinsicht Gerechtigkeit widerfahren lassen, eine unerhörte Elastizität und Anpassungsfähigkeit an den Tag legt, indem sie bald ihren rechten, bald ihren „linken" Flügel, bald ihr „Zentrum" vorschiebt, heute in die bürgerliche Regierung eintritt, morgen aus derseben wieder austritt und die Komödie der „Opposition" spielt, indem sie heute fast „revolutionäre" Resolutionen faßt, morgen als die zuverlässigste Truppe der Konterrevolution auftritt. Es nicht leicht, gegen einen solchen Gegner zu kämpfen. Einzelne Niederlagen sind unvermeidlich, aber gerade durch diese wird das deutsche Proletariat gestählt werden und seinen endgültigen Sieg vorbereiten.

Aus Hamburg, wo die Arbeiter mit prachtvollem Heroismus kämpften, wird uns mitgeteilt: „Die Polizei wütet natürlich unumschränkt, aber weder die Organisation noch die Arbeiterklasse hat das Gefühl, daß sie geschlagen wäre." Dessen ist sich auch die Bourgeoisie bewußt. Die heutige Nummer der Zeitung des Herrn Cuno bringt einen Artikel unter der charakteristischen Überschrift: „Nach dem Siege schnalle man den Gürtel fester!"

Gewiß. Noch einige solche „Siege", und die Arbeiterklasse wird die Bourgeoisie vollständig schlagen.

Die Losung des „Festerschnallens des Gürtels" wird auch für uns die richtige sein.

Die objektiven Ursachen, die die revolutionäre Krise in Deutschland hervorriefen, wirken weiter. Weder Kahr noch General Müller, weder Hitler noch sogar Stresemann „selbst" werden diese objektiven Ursachen beseitigen können. Die ökonomische Krise spitzt sich von Tag zu Tag mehr zu. Die Bourgeoisie kann nicht regieren. Die inneren Gegensätze spitzen sich ebenfalls zu. Die internationale Lage des bürgerlichen Deutschland aber wird nicht nur nicht besser, sondern verschlimmert sich mit großer Geschwindigkeit.

„Man schnalle den Gürtel fester", das heißt, — Arbeiter, bewaffne dich und verbessere deine Organisation. Das ist die Parole unserer Tage.

Wenn wir in der kürzesten Weise die Aufgaben formulieren sollten, die sich vor dem deutschen Proletariat in der gegenwärtigen Epoche erheben, so würden wir sagen, daß dieser Aufgaben zwei sind: 1. den Einfluß der „linken" Sozialdemokratie zu liquidieren, und 2. „die Revolution zu organisieren".

Wir wollen uns deutlicher ausdrücken.

Einige Genossen sind der Ansicht, daß die Taktik der KPD. in Sachsen ein Fehler war. „Sachsen ist ein großer und vielleicht verhängnisvoller Fehler", schreibt uns einer von den alten Genossen aus Deutschland.

Ist diese Diagnose richtig? Nein.

Jene, die die ganze Lage in Deutschland ausschließlich durch die sächsische Brille betrachteten, verfielen selbstverständlich in Provinzialismus und entstellten die Perspektive. Immerhin aber war das sächsische Experiment kein zufälliges, und es wird für die deutsche Revolution nicht verloren sein. Die Aufgabe aller Aufgaben in Deutschland läuft letzten Endes darauf hinaus, jene Arbeiterschichten — die Parteilosen mit einbegriffen — auf unsere Seite zu bringen, die noch den „linken" Sozialdemokraten folgen. Gegenwärtig genießt die sogenannte „linke" Sozialdemokratie zweifellos noch einen bedeutenden Einfluß unter den deutschen Arbeitern. Die heutige „Linke" spielt etwa dieselbe Rolle, wie sie in den Jahren 1919/20 die Unabhängigen spielten. Wie an einen rettenden Anker klammern sich an die heutigen „linken" Sozialdemokraten alle jene Schichten des Proletariats, die immer noch den blutigen Bürgerkrieg vermeiden zu können hoffen. Und diese Arbeiterschichten würden uns Kommunisten die Verantwortung zuschieben, wenn wir uns weigern würden, zusammen mit den „linken" Sozialdemokraten das Land auf friedlichem Weg aus der Krise herauszuführen. Die Bedeutung des sächsischen Versuches besteht ja gerade darin, daß die erwähnten Arbeiterschichten an seinem Beispiel die Charakterlosigkeit und konterrevolutionäre Schäbigkeit dieser „linken" sozialdemokratischen Arbeiterführer werden erkennen müssen.

Den Illusionen hinsichtlich der Möglichkeit eines langen und dauerhaften Bündnisses mit den „linken" Sozialdemokraten muß eine Ende gemacht werden. Eine solche „linke" Gattung gibt es in Deutschland „unter den Führern" nicht. Es gibt Sozialdemokraten, die unter bestimmten Umständen zu parlamentarischen Kombinationen mit den Kommunisten bereit sind, aber es gibt keine sozialdemokratischen Führer, die zu einem entschiedenen Kampf gegen die Bourgeoisie bereit wären.

Wir wissen nicht und niemand kann wissen, wie lange das Interemezzo dauern wird, das durch das gegenwärtige Kräfteverhältnis geschaffen wird, aber der Schwerpunkt der ganzen politischen Arbeit der KPD. beruht, solange die heutige Lage fortdauert, darin, möglichst schnell und möglichst radikal den Einfluß der „linken" Sozialdemokratie zu liquidieren. Das ist gegenwärtig eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste politische Voraussetzung unseres Sieges.

Die andere Aufgabe besteht darin, die Revolution zu „organisieren".

Wir werden diesen Ausdruck sofort näher erläutern.

Schon am Vorabend der Revolution von 1905, als eben erst die Streitigkeiten zwischen den Bolschewiki und Menschewiki in Rußland begannen, stellten beide Fraktionen zwei kurze, lapidare Formeln auf, die die Taktik jeder dieser Fraktionen am besten charakterisierten. Die revolutionärsten der damaligen Menschewiki (Martow) stellten die Formel auf: „Die Revolution entfesseln". Die Bolschewiki, mit Lenin an der Spitze, stellten dieser Formel die Formel: „Die Revolution organisieren" entgegen. Und je mehr sich der Aufstand des Jahres 1905 näherte, desto zuversichtlicher ertönte diese Forderung der Bolschewiki — „die Revolution organisieren". Und im Jahre 1917 gedachten wir dieser Formel „die Revolution organisieren" um so häufiger, je mehr wir uns dem Oktober näherten.

Es mangelte selbstverständlich nicht an gegen uns gerichteten Beschuldigungen des Blanquismus, Putschismus usw. Aber wir überließen es den Menschewiki zu sagen, was ihnen beliebte, während wir selbst das taten, was wir für notwendig hielten.

„Wenn ihr nicht müßig von der Revolution schwatzt, wenn eure Worte von der „Entfesselung" der Revolution nicht nur Worte sind, so müßt ihr mit uns zusammen gerade zur Organisierung der Revolution übergeben," sagten wir zu den Menschewiki.

Revolution und Austand sind keine Synonyme. Der Aufstand ist nur ein Teil der Revolution, jedoch ein nicht unwichtiger, ein für sie entscheidender Teil. Wer den Sieg der Revolution will, muß den Sieg des Aufstandes wollen. Wer aber diesen letzteren will, der muß es verstehen, diesen Aufstand zu organisieren.

Selbstverständlich kann keinerlei Organisation die objektiven Kräfte ersetzen, die für die Revolution arbeiten, wenn nicht die ganze Situation eine revolutionäre ist. Wenn das ganze Klassenverhältnis nicht mit Unvermeidlichkeit zur revolutionären Krise führt, wird keine Organisation von Revolutionären die Revolution „machen" können. Wenn aber alle objektiven Voraussetzungen der Revolution vorhanden sind, wenn das gegenseitige Verhältnis der Klassen, wenn die ökonomische Lage innerhalb des Landes, wenn die anderen wichtigen Faktoren der inneren und äußeren Politik für die Revolution arbeiten, so ist die organisatorische Vorbereitung des Aufstandes von entscheidender Bedeutung.

Die deutsche Revolution ist in dieser Hinsicht in die entscheidende Phase eingetreten. Die Lichter sind niedergebrannt, und die Blumen sind verwelkt. Alle Illusionen sind erbarmungslos zerstört. Die Frage des Sieges des Proletariats ist zu einer Frage der Bewaffnung und Organisation geworden. Unter den Millionenmassen der Arbeiter ist das brennende Bedürfnis nach Bewaffnung erwacht. Alle Mittelwege wurden bereits gegangen, alle Kompromisse erprobt, die ganze weiße Magie der rechten und „linken" Sozialdemokraten, alle parlamentarischen Zauberkünste ausprobiert, und das Resultat ist: Hungersnot, Ströme von Blut und Orgien des Faschismus. Die Revolution organisieren — das ist es, worauf die KPD. die Aufmerksamkeit der Avantgarde der Arbeiterklasse lenken muß, das ist es, wofür sie alle die Zeit verwenden muß, die ihr noch bis zu den entscheidenden Schlachten zur Verfügung bleibt.

Die Losung „Generalstreik" ist ausgegeben worden. Deutschand geht diesem Generalstreik mit Unvermeidlichkeit entgegen.

Die Losung der Einheit von unten herauf, das heißt der Einheit aller Arbeiter gegen die konterrevolutionären Führer, ist ausgegeben worden. Deutschland geht mit Unvermeidlichkeit dieser Einheit von unter herauf entgegen.

Selbstverständlich werden gewisse Teile der Arbeiter trotzdem neutral oder bis zum letzten Augenblick schwankend bleiben. Die Kräftekonstellation wird im entscheidenden Augenblick wahrscheinlich folgende sein: die kommunistische Avantgarde reißt die Mehrheit oder fast die Mehrheit der entscheidenden Arbeiterschichten mit sich fort. Ein Teil der übrigen Arbeiter wahrt wohlwollende Neutralität in bezug auf die Kommunisten, der andere Teil schwankt. Die rechten Führer der Sozialdemokratie stehen zusammen mit der Bourgeoisie und den weißen Generalen auf einer Seite der Barrikade, die „linken" Führer pendeln zwischen den zwei Feuerlinien hin und her.

Bereits der weiße Umsturz in Bayern bedeutete, daß die Initiative zeitweilig in die Hände des Gegners übergeht. Das bedeutet ja aber, daß unter der gegenwärtigen Lage der Dinge in Deutschland der Gegner uns in die Hände arbeiten wird. Der General Müller wird vielleicht jenen Teil der sächsischen Arbeiter, der noch dem „linken" Sozialdemokraten Zeigner folgte, eher von den friedlichen Illusionen heilen.

Die Ereignisse jagen einander mit schwindelerregender Schnelligkeit. Die Aufgaben, die sich auf die Schultern der Avantgarde des deutschen Proletariats und seiner kommunistischen Partei legen, sind wahrhaft riesengroß. Es hat einzelne Niederlagen gegeben, und wird sie noch geben. Vorläufig haben unsere Arbeiter noch keine Kämpfe gegen die Reichswehr zu bestehen gehabt. Aber unsere Hauptstreitkräfte haben sich noch nicht an den Kämpfen beteiligt. Die Hauptarmeen des Proletariats sind noch nicht in den Kampf geführt worden. Das Schlimmste, was wir tun könnten, wäre, dem Nörgeln und inneren Zwistigkeiten Raum zu geben. Noch niemals waren diese Streitigkeiten so schädlich und verbrecherisch wie gegenwärtig. Fehler sind unvermeidlich. Wenn wir aber keine sehr großen Fehler begehen werden, so wird sich das Kräfteverhältnis von Tag zu Tag zu unseren Gunsten verändern.

Die Hauptperspektive, die in unserer, in der zweiten Oktoberhälfte geschriebenen Broschüre skizziert ist, behält, hoffen wir, ihre Richtigkeit.

Unbeugsamer Wille zum Kampf, Unerschütterlichkeit des Entschlusses, Festigkeit der Hand und Klarheit des Blickes — das ist es, was die Avantgarde des deutschen Proletariats im gegenwärtigen Augenblick braucht.

Die „linke" Sozialdemokratie wird bald politisch geschlagen sein. Die KPD. wird mit Unterstützung aller lebendigen Kräfte des deutschen Proletariats lernen, die Revolution zu „organisieren". Die Stunde wird schlagen, und es werden Ereignisse eintreten, die historisch unvermeidlich sind. Es gibt keine Macht in der Welt, die das Schicksal der deutschen Bourgeoisie von ihr abwenden könnte.

Niemand wird unseren Händen den Sieg entreißen...

Moskau, den 2. November 1923.

An unsere Leser!

Auf unsere Bitte, uns Exemplare der „Inprekorr." einzusenden, sind viele Sendungen ohne Adressenangabe des Absenders bei uns eingegangen, so daß wir in diesen Fällen keine Gutschrift erteilen konnten. Die hierbei in Betracht kommenden Einsender, die auf eine Vergütung Anspruch erheben, werden gebeten, ihre Adresse (vollständig und leserlich!) sowie die gesandte Stückzahl anzugeben.

Gleichzeitig weisen wir nochmals darauf hin, daß unser Bedarf an von uns erbetenen Ausgaben nunmehr gedeckt ist.

Geschäftsleitung der Inprekorr.

Bezugspreise!

Ab 1. Januar betragen die Bezugspreise für die Internationale Presse-Korrespondenz für:

Österreich	8000 österr. Kronen
Tschechoslowakei	8 tsch. Kronen
Deutschland	1 Goldmark
Norwegen, Dänemark und Schweden	2 Kronen
Frankreich	4 frz. Franken
Schweiz	2 schw. Franken
Italien	6 Lire
England	2 Schilling

pro Monat.

Für Amerika beträgt die Bezugsgebühr 6 Dollar pro Jahr und für alle übrigen oben nicht angeführten Länder den 2 Schweizer Franken entsprechenden Gegenwert.

Geschäftsleitung der Inprekorr.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.